

# ZH\_OBERGERICHT LB170004 vom 18. April 2018

ZH Obergericht, 2018-04-18, DE

Quelle: [https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/zh\\_obergericht\\_LB170004](https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/zh_obergericht_LB170004)

FR: ZH\_OBERGERICHT LB170004 du 18 avril 2018

IT: ZH\_OBERGERICHT LB170004 del 18 aprile 2018

## Erwägungen

### E. 1

Hintergrund des Verfahrens bildet die Wende in der ehemaligen DDR in den Jahren 1989/90. Die Klägerin (Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben, auch genannt Bundesanstalt, vormals Treuhandanstalt Berlin) macht geltend, die Rechtsvorgängerin der Beklagten (Bank B.\_\_\_\_\_) habe auf Weisung der ursprünglich vertretungsbefugten C.\_\_\_\_\_"Abverfügungen" vom Konto einer DDR-Gesellschaft namens D.\_\_\_\_\_ vorgenommen, was gegen die neu erlassene, seit dem 1. Juni 1990 in Kraft stehende Verfügungsbeschränkung des deutschen PartG verstossen habe. Sie verlangt anstelle der D.\_\_\_\_\_ von der Beklagten als Rechtsnachfolgerin der Bank B.\_\_\_\_\_ Erstattung der abgezogenen Geldbeträge. Kernfrage in diesem Verfahren ist, ob die Bank vor dem Hintergrund der friedlichen Revolution in der DDR und der deutschen Wiedervereinigung auf die Regelung von § 20b PartG DDR hätte stossen müssen und so den Wegfall der Vertretungsbefugnis hätte erkennen können, was zur Verweigerung der von C.\_\_\_\_\_ veranlassten Zahlungen hätte führen müssen. Anzumerken ist, dass sich die Kammer sowie das Bundesgericht bereits früher mit einem vergleichbaren Fall beschäftigt haben: Urteil des Bundesgerichts vom 8. April 2013 (4A\_258/2012, act. 4/12) i.S. der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (vormals Treuhandanstalt Berlin) gegen die Beklagte E.\_\_\_\_\_ Zürich AG (und die Nebenintervenientin F.\_\_\_\_\_ Bank ... AG) sowie Urteil des Obergerichts des Kantons Zürich der gleichen Parteien vom 20. März 2012 (Proz. Nr. LB110077, act. 4/11). Darauf wird, bezeichnet als Fall E.\_\_\_\_\_ häufig verwiesen.

### E. 2

Die Vorinstanz hat die Klage abgewiesen (act. 82 S. 67) und die Klägerin hat mit Eingabe vom 17. Januar 2017 rechtzeitig Berufung erhoben (act. 81). Mit Verfügung vom 23. Januar 2017 wurde ein Kostenvorschuss von Fr. 500'000.– erhoben (act. 84), welcher geleistet wurde (act. 86). Mit der gleichen Verfügung wurde die Prozessleitung an die Referentin delegiert.

- 5 -

### E. 3

Mit Verfügung vom 31. Juli 2017 (act. 90) wurde der Beklagten Frist zur Berufungsantwort angesetzt (act. 90), die samt einer Beilage rechtzeitig einging (act. 92 und 93). Am 2. März 2018 wurde der Klägerin die Berufungsantwort zugestellt (act. 96/97), um ihr im Sinne des sog. "letzten Wortes" das rechtliche Gehör zu gewähren. Mit Datum vom 9. März 2018 nahm die Klägerin Stellung (act. 98).

### E. 4

Mit der Berufung kann die unrichtige Rechtsanwendung wie auch die unrichtige Feststellung des Sachverhaltes geltend gemacht werden (Art. 310 ZPO). In der Berufung ist aufzuzeigen, inwiefern der angefochtene Entscheid als fehlerhaft erachtet wird. Die Begründung muss hinreichend genau und eindeutig sein und von der Berufungsinstanz mühelos verstanden werden können. Dies setzt voraus, dass der Berufungskläger im Einzelnen die vorinstanzlichen Erwägungen bezeichnet, die er anfechtet, und die Aktenstücke nennt, auf denen seine Kritik beruht. Sind die Anforderungen erfüllt, überprüft die Berufungsinstanz den angefochtenen Entscheid sowohl in rechtlicher als auch in tatsächlicher Hinsicht frei. Ihre Kognition ist umfassend, sie kann sämtliche gerügten Mängel frei und unbeschränkt überprüfen (Art. 310 ZPO) und wendet das Recht von Amtes wegen an (Art. 57 ZPO). Dabei kann sich die Berufungsinstanz abgesehen von offensichtlichen Mängeln darauf beschränken, die Beanstandungen zu beurteilen, welche die Parteien in ihren schriftlichen Begründungen gegen das erstinstanzliche Urteil erheben (BGer 5A\_635/2015, Urteil vom 21. Juni 2015 E. 5 unter Hinweis auf BGE 138 III 374 E. 4.3.1 S. 375; BGer 5A\_141/2014 vom 28. April 2014 E. 2.4; BGer 4A\_619/2015 vom 25. Mai 2016 E. 2.2.4 mit weiteren Hinweisen; Reetz/Theiler, ZK ZPO, 3.A. 2016, Art. 310 N 5 und 6; Art. 311 N 36). Es ist nachstehend auf die erhobenen Einwendungen soweit erheblich einzugehen.

#### **E. 5**

Die Beklagte hat mit der Berufungsantwort den Bericht der Wirtschaftspolizei Wien vom 1. Dezember 1993 eingereicht (act. 93). Die Klägerin beziehe sich erstmals in der Berufung auf vorgetragene Spekulationen, wonach das von C.\_\_\_\_\_ bezogene Bargeld bei der Bank verblieben sein könnte (act. 92 Rz 141). Angesichts der durch die Klägerin nun wieder aufgenommenen Geldwäschereivorwürfe und der damit in Zusammenhang zu sehenden neuen (und damit

- 6 - unzulässigen) Behauptungen, habe die Beklagte Abklärungen zu diesem neuen Aspekt veranlasst. Sie habe dabei act. 93 erhältlich machen können, welches Dokument die Wirtschaftspolizei Wien aufgrund der Unterlagen der Bank G.\_\_\_\_\_ aus dem bereits entschiedenen Verfahren erarbeitet habe; es sei Teil des in Wien geführten Strafverfahrens gegen Frau C.\_\_\_\_\_ gewesen, welches 1994 mangels Tatverdacht eingestellt worden sei. Über diesen Bericht hätte die Klägerin bzw. ihre Rechtsvorgängerin bereits damals verfügt (act. 92 Rz 142). Die Frage der Zulässigkeit der Einreichung von act. 93 unter den novenrechtlichen Gesichtspunkten von Art. 229 ZPO kann offen bleiben, da dieser Bericht in den Überlegungen der Kammer keine Rolle spielt, wie zu zeigen sein wird.

#### **E. 6**

Die Sache ist spruchreif. II. Der vorinstanzliche Entscheid und die Parteistandpunkte in der Berufung 1. Die Vorinstanz ging in ihrem Entscheid im Wesentlichen und zusammengefasst von Folgendem aus (act. 82): Die von der Beklagten geäußerte Behauptung, es sei nicht nachgewiesen, dass die eingeklagten Vermögenswerte zum Altvermögen gemäss §§ 20b Abs. 2 PartG DDR gehörten, so dass der Klägerin die Prozessführungsbefugnis fehle, ist von der Vorinstanz als doppelrelevante Tatsache bei der materiellen Prüfung des eingeklagten Anspruchs geprüft worden (act. 82 E. 3.5). Der Behauptung, dass die Klägerin ihre operative Tätigkeit am 1. Januar 2001 und ihre hoheitliche Tätigkeit im Jahr 2003 mit dem Abschlussbericht einstellt habe, so dass sie eine handlungsunfähige juristische Person sei, der die gesetzliche Treuhandenschaft gemäss § 20b Abs. 2 PartG DDR nicht

mehr obliege, ist die Vorinstanz nicht gefolgt, weil die Klägerin weder aufgelöst noch ihr die treuhänderische Verwaltung gemäss der zitierten Gesetzesbestimmung entzogen worden sei; die bisherigen Organe seien lediglich durch einen oder mehrere neue Abwickler ersetzt worden (E. 3.6).

- 7 - Am 1. Juli 1982 habe C.\_\_\_\_\_ mit der Stammnummer 1 das Konto bei der Beklagten eröffnet. Antragstellerin sei die D.\_\_\_\_\_ -Handels-gesellschaft mbH, ... [Adresse] gewesen. Im Dokument "Kontoeröffnung" sei in der Rubrik "B" die D.\_\_\_\_\_ als Kunde aufgeführt gewesen. In der Rubrik "F" habe C.\_\_\_\_\_ unter dem Stempel der D.\_\_\_\_\_ die "Rechtsgültige Firmenunterschrift" geleistet; beige- legt sei dem Antrag der DDR-Handelsregister-auszug gewesen. Bei der Kontoer- öffnung habe C.\_\_\_\_\_ die Erklärung abgegeben, dass "der Unterzeichnete" für eigene Rechnung handle, also weder für fremde Rechnung noch als Beauftragte, die einem Berufsgeheimnis unterstehe, noch als Vertreterin einer Sitzgesellschaft, die von natürlichen Personen beherrscht werde. Am 1. Juli 1982 habe C.\_\_\_\_\_ "als Zeichnungsberechtigte" unterschrieben, dass ihr die Bankpost nach Wien an die ... [Adresse] zuzustellen sei. Das sei am 16. August 1993 modifiziert worden als "Neue Adresse: Frau C.\_\_\_\_\_, Repräsentants, ... [Adresse]". Am 3. Dezem- ber 1990 sei die Weisung ergangen, die an die D.\_\_\_\_\_ in Berlin adressierte Post banklagernd zu halten und den Versand per Adressmaschine vorzunehmen. Der Mutationsbeleg vom 16. August 1993 enthalte schliesslich eine handschriftliche Notiz, wonach die Bankkorrespondenz seit Februar 1992 banklagernd zu halten sei (E. III./1.4). Seitens der Bank sei von 1982 bis 1991 H.\_\_\_\_\_, Direktor im Anlagesektor, für das Konto zuständig gewesen, danach die Prokuristin I.\_\_\_\_\_, wobei H.\_\_\_\_\_ auch nach der Pensionierung 1991 bei der Bank tätig gewesen sei und C.\_\_\_\_\_ empfangen und Barauszahlungen an C.\_\_\_\_\_ getätigt habe. Leiter des Rechts- dienstes sei das Geschäftsleitungsmitglied Dr. J.\_\_\_\_\_ (bis 1991) gewesen, ver- antwortlicher Vorgesetzter der Kundenbetreuungsgruppe H.\_\_\_\_\_s (seit 1985) K.\_\_\_\_\_, der insbesondere Zahlungsausgänge von über Fr. 1 Mio. zu genehmi- gen gehabt habe. Der Bank sei bekannt gewesen, dass die D.\_\_\_\_\_ im Aussen- handel der DDR tätig gewesen sei und Einnahmen aus Provisionsgeschäften er- zielt habe. Am 14. Januar 1992 habe die Klägerin die treuhänderische Verwaltung am Vermögen der D.\_\_\_\_\_ sowie an den Gesellschaftsanteilen festgestellt (act. 82 E. III./1.4).

- 8 - Die Klägerin mache den Erfüllungsanspruch der D.\_\_\_\_\_ gegenüber der Beklagten geltend, weil die Belastungen des Konto ab dem 1. Juni 1990 (Inkraft- treten von § 20b PartG DDR) nicht autorisiert gewesen seien, so dass die "Abver- fügungen" von C.\_\_\_\_\_ für die Bank keine befreiende Wirkung gehabt hätten. Die Klägerin orientiere sich über weite Strecken an den gerichtlichen Urteilen OGer ZH LB110077 vom 20. März 2012 und BGer 4A\_258/2012 vom 8. April 2013 sowie an den Urteilen des HGer Zürich und des Bundesgerichts im sog. Bürgermeister-Fall (HGer ZH vom 1. April 2003, ZR 104/2005 Nr. 28; BGer 4C.157/2003; act. 82 E. III./2.). Die Beklagte widersetze sich der Inanspruchnahme durch die Klägerin, weil sie keinen Anlass gehabt habe, an der Verfügungsberechtigung C.\_\_\_\_\_s zu zweifeln, weil die AGB das Risiko bei Legitimationsmängeln auf die Kunden überwälze, weil die Gesamtveränderung des D.\_\_\_\_\_ -Kontos weit geringer sei als der erhobene Erfüllungsanspruch, weil der Vergleich zwischen C.\_\_\_\_\_ und der Klägerin auch die Beklagte befreit habe, weil die Geltendmachung des angebli- chen Erfüllungsanspruchs nach 22 Jahren treuwidrig und rechtsmissbräuchlich sei, weil die Beklagte einen verrechnungsweise geltend gemachten Schadener- satzanspruch habe, weil die D.\_\_\_\_\_ bzw. C.\_\_\_\_\_ und die Klägerin als

Vertreterin der D.\_\_\_\_\_ durch seinerzeitiges schuldhaftes Unterlassen einen Schaden bei der Beklagten überhaupt erst verursacht hätten und die treuhänderische Verwaltung der Klägerin sich lediglich auf das sog. Altvermögen erstrecke (act. 82 E. III./3.). Die D.\_\_\_\_\_ habe einen vertraglichen Erfüllungsanspruch gegenüber der Beklagten auf Auszahlung des richtigen Saldos (act. 82 E. III./2.2). Die Klägerin fordere von der Beklagten die von C.\_\_\_\_\_ ab 1. Juni 1990 unzulässig in Auftrag gegebenen Belastungen des D.\_\_\_\_\_ -Kontos samt Zins, beschränkt auf die Höhe der noch bestehenden "Restforderung" gegenüber C.\_\_\_\_\_ aus dem Komplex B.\_\_\_\_\_ act. 82 E. III./2.3.1), während die Beklagte geltend mache, es habe auf dem D.\_\_\_\_\_ -Konto nur eine Vermögensverminderung von rund USD 16.9 Mio. gegeben. Der Erfüllungsanspruch sei beschränkt auf diese wesentlich geringere Gesamtsaldoänderung. Die Haftung hätte nur durch Sperrung des D.\_\_\_\_\_ -

- 9 - Kontos ausgeschlossen werden können, so dass es keine Gutschriften mehr gegeben hätte und auch Anlageerfolge nicht mehr hätten erzielt werden können. Die Klägerin könne nicht einerseits Sollzinsen belasten und andererseits Erfolge aus Anlagen einer nicht autorisierten Person beanspruchen (act. 82 E. III./2.3.2). Am

## E. 7

Zusammenfassend und in Abweichung von der Vorinstanz kann festgehalten werden, dass es anlässlich der hohen Barabhebung am 4. Dezember 1990 genügend Verdachtsmomente gab, die die Bank zu vertieften Abklärungen hätten veranlassen müssen. Für die Zeit davor liegen keine ausreichend deutlichen Anhaltspunkte vor, die die Frage nach der Verfügungsbefugnis von C.\_\_\_\_\_, der seit Anbeginn der Kontobeziehung im Jahr 1982 registrierten Geschäftsführerin, impenativ gestellt hätte. Im Ergebnis führt dies dazu, dass die Beklagte die Summe der sog. Abverfügungen vom Konto der D.\_\_\_\_\_, die bis und mit 3. Dezember 1990 erfolgt waren, nicht ersetzen muss, dass die Klägerin jedoch erfolgreich den Erfüllungsanspruch der D.\_\_\_\_\_ für Abverfügungen seit dem 4. Dezember 1990 geltend machen kann. Dies erfordert die Ermittlung der seit dem 4. Dezember 1990 erfolgten Abverfügungen auf sämtlichen Subkonti, wofür auf die (unbestrittenen) Listen der Klägerin abzustellen ist: Abverfügungen vom Konto der D.\_\_\_\_\_ 1 ab dem 3. Dezember 1990  
Schweizer-Franken-Konto (Nr. 1'7) gemäss act. 2 S. 67 f. 07.12.90 30'000.00  
BANKEN-CL-VERGÜTUNG AJ.\_\_\_\_\_ ...-WEG Z 31.12.90 8.30 SOLLZINS 9.75%  
07.01.91 475'000.00 BANKEN-CL-VERGÜTUNG BANK AK.\_\_\_\_\_ ST. GA Kto. Nr. ...  
07.01.91 200'000.00 BANKEN-CL-VERGÜTUNG AJ.\_\_\_\_\_ ...-WEG Z Kto. Nr. ...  
08.01.91 325'000.00 BANKEN-CL-VERGÜTUNG BK. AK.\_\_\_\_\_ ST. GALL Kto. Nr....  
28.08.91 20'000.00 AUSZAHLUNG 30.09.91 10.80 SOLLZINS 9.75% 11.12.91 62'625.00  
AUSZAHLUNG C.\_\_\_\_\_ 09.12.91 1'444'725.00 VERGÜTUNG Kto. Nr. ... AL. \_\_\_\_\_  
"... " Bank B.\_\_\_\_\_ AG 31.12.91 6'063.55 SOLLZINS 9.5% 13.04.92 100'000.00  
AUSZAHLUNG C.\_\_\_\_\_ 2'663'432.65 Total Abverfügungen USD-Konto (Nr. 1'107)  
gemäss act. 38 Rz 180 05.12.90 10'003.00 VERGÜTUNG AJ.\_\_\_\_\_,ZÜRICH-...-WE Kto.  
Nr. ... AM.\_\_\_\_\_ Wien 05.12.90 24'503.00 VERGÜTUNG AJ.\_\_\_\_\_,ZÜRICH-...-WE  
Kto. Nr. ... AN.\_\_\_\_\_ 05.12.90 180'006.00 VERGÜTUNG BK AK.\_\_\_\_\_, ST.GALLEN  
Kto. Nr. ... 06.12.90 60'000.00 VERGÜTUNG Kto. Nr. ... AO.\_\_\_\_\_, Wien 07.12.90  
20'003.00 VERGÜTUNG AJ.\_\_\_\_\_,ZÜRICH-...-WE Kto. Nr. ... AM.\_\_\_\_\_ Wien  
- 68 - 07.12.90 51'006.00 VERGÜTUNG BK.AP.\_\_\_\_\_,ZÜRICH Kto. Nr. ... "AQ.\_\_\_\_\_"  
07.12.90 785'006.00 VERGÜTUNG BK.AK.\_\_\_\_\_,ST.GALLEN Kto. Nr. ... 07.12.90  
30'003.00 VERGÜTUNG AJ.\_\_\_\_\_, ZCH-...-WEG Kto. Nr. ... AN.\_\_\_\_\_ 07.12.90  
49'006.00 VERGÜTUNG BK AP.\_\_\_\_\_, ZÜRICH Kto. Nr. ... "AQ.\_\_\_\_\_" 10.12.90

700'006.00 VERGÜTUNG BK AK.\_\_\_\_\_, ST. GALLEN Kto. Nr. ... 11.12.90 31'003.00  
VERGÜTUNG AJ.\_\_\_\_\_, GENF Kto. Nr. ... 13.12.90 600'023.00 VERGÜTUNG BK  
AK.\_\_\_\_\_, ST.GALLEN Kto. Nr. ... 13.12.90 22'003.00 VERGÜTUNG AJ.\_\_\_\_\_, ZH  
...-WEG Kto. Nr. ... AM.\_\_\_\_\_, Wien 14.12.90 100'003.00 VERGÜTUNG AJ.\_\_\_\_\_, ZH  
...-WEG Kto. Nr. ... AN.\_\_\_\_\_, 17.12.90 15'003.00 VERGÜTUNG AJ.\_\_\_\_\_, ...-WEG  
Kto. Nr. ... AM.\_\_\_\_\_, Wien 19.12.90 600'006.00 VERGÜTUNG BANKHAUS  
AK.\_\_\_\_\_, ST.GALLEN Kto. Nr. ... 19.12.90 610'006.00 VERGÜTUNG  
BK.AK.\_\_\_\_\_, ST.GALLEN Kto. Nr. ... 19.12.90 585'006.00 VERGÜTUNG BANHAUS  
AK.\_\_\_\_\_, ST.GAL Kto. Nr. ... 21.12.90 25'003.00 VERGÜTUNG AJ.\_\_\_\_\_, ZÜRICH  
Kto. Nr. ... AM.\_\_\_\_\_, Wien 24.12.90 60'006.00 VERGÜTUNG AP.\_\_\_\_\_, ZÜRICH Kto.  
Nr. ... "AQ.\_\_\_\_\_" 24.12.90 29'003.00 VERGÜTUNG AJ.\_\_\_\_\_, ZÜRICH Kto. Nr. ...  
AM.\_\_\_\_\_, Wien 21.12.90 190'006.00 VERGÜTUNG BK AK.\_\_\_\_\_, ST.GALLEN Kto.  
Nr. ... 31.12.90 2'273.03 SOLLZINS 10% 04.01.91 200'003.00 VERGÜTUNG AJ.\_\_\_\_\_  
ZÜRICH Kto. Nr. ... AR.\_\_\_\_\_, Wien 04.01.91 550'006.00 VERGÜTUNG BK AK.\_\_\_\_\_  
ST.GALLEN Kto. Nr. ... 04.01.91 12'030.00 VERGÜTUNG BK AS.\_\_\_\_\_, Kto. Nr. ...  
AT.\_\_\_\_\_, 08.01.91 60'006.00 VERGÜTUNG BK AU.\_\_\_\_\_, ZÜRICH Kto. Nr. ...  
AV.\_\_\_\_\_, 08.01.91 50'006.00 VERGÜTUNG BK AK.\_\_\_\_\_, ST.GALLEN Kto. Nr. ...  
08.01.91 40'006.00 VERGÜTUNG BK.AU.\_\_\_\_\_, ZÜRICH Kto. Nr. ... AV.\_\_\_\_\_  
08.01.91 20'030.00 VERGÜTUNG BK.AS.\_\_\_\_\_, TEL AVIV Kto. ..., Wien 08.01.91  
64'006.00 VERGÜTUNG BK.AK.\_\_\_\_\_, ST.GALLEN Kto. Nr. ... 11.01.91 200'003.00  
VERGÜTUNG AJ.\_\_\_\_\_, ...-WEG Kto. Nr. ... AM.\_\_\_\_\_, Wien 11.01.91 5'023.00  
VERGÜTUNG AW.\_\_\_\_\_, GENF Kto. Nr. ... 11.01.91 140'006.00 VERGÜTUNG  
AK.\_\_\_\_\_, BK,S.GALLEN Kto. Nr. ...

- 69 - 16.01.91 300'006.00 VERGÜTUNG BK AK.\_\_\_\_\_, ST.GALLEN Kto. Nr. ...  
16.01.91 40'006.00 VERGÜTUNG BA.\_\_\_\_\_, BANK, ZÜRICH Kto. Nr. ... 18.01.91  
510'006.00 VERGÜTUNG BK.AK.\_\_\_\_\_, ST.GALLEN Kto. Nr. ... 23.01.91 76'023.00  
VERGÜTUNG BANK AS.\_\_\_\_\_, ZÜRICH Kto. Nr. ... 25.01.91 16'523.00 VERGÜTUNG  
AW.\_\_\_\_\_, GENEVE Kto. Nr. ... 25.01.91 12'530.00 VERGÜTUNG BB.\_\_\_\_\_, Kto. Nr. ...  
BC.\_\_\_\_\_, 25.01.91 30'006.00 VERGÜTUNG BANK AU.\_\_\_\_\_, ZÜRICH Kto. Nr. ...  
AV.\_\_\_\_\_, 25.01.91 16'003.00 VERGÜTUNG AJ.\_\_\_\_\_, ZÜRICH Kto. Nr. ... AM.\_\_\_\_\_  
Wien 28.01.01 500'000.00 VERGÜTUNG AK.\_\_\_\_\_, ST.GALLEN Kto. Nr. ... 29.01.91  
60'040.00 VERGÜTUNG BD.\_\_\_\_\_, BK.HKONG Kto. Nr. ... BE.\_\_\_\_\_, Ud. 01.02.91  
6'023.00 VERGÜTUNG AW.\_\_\_\_\_, GENF Kto. Nr. ... 01.02.91 6'030.00 VERGÜTUNG  
BB.\_\_\_\_\_, Kto. Nr. ... BF.\_\_\_\_\_, Inc.? 01.02.91 11'030.00 VERGÜTUNG BB.\_\_\_\_\_, Kto.  
Nr. ... BG.\_\_\_\_\_, Investment 01.02.91 16'030.00 VERGÜTUNG BB.\_\_\_\_\_, Kto. Nr. ...  
BH.\_\_\_\_\_, 01.02.91 6'030.00 VERGÜTUNG BB.\_\_\_\_\_, Kto. Nr. ... BI.\_\_\_\_\_, 01.02.91  
21'030.00 VERGÜTUNG BB.\_\_\_\_\_, Kto. Nr. ... BJ.\_\_\_\_\_, Investment 01.02.91 6'523.00  
VERGÜTUNG AW.\_\_\_\_\_, GENF Kto. Nr. ... 01.02.91 8'003.00 VERGÜTUNG AJ.\_\_\_\_\_,  
ZH-...-WEG Kto. Nr. ... AM.\_\_\_\_\_, Wien 01.02.91 100'003.00 VERGÜTUNG AJ.\_\_\_\_\_,  
ZH-...-WEG Kto. Nr. ... AN.\_\_\_\_\_, 01.02.91 25'006.00 VERGÜTUNG BK AU.\_\_\_\_\_,  
ZÜRICH Kto. Nr. ... AV.\_\_\_\_\_, 01.02.91 77'006.00 VERGÜTUNG AK.\_\_\_\_\_,  
BK,ST.GALLEN Kto. Nr. ... 01.02.91 150'006.00 VERGÜTUNG  
BK.AK.\_\_\_\_\_, ST.GALLEN Kto. Nr. ... 01.02.91 16'030.00 VERGÜTUNG BB.\_\_\_\_\_  
Kto.Nr. ... BK.\_\_\_\_\_, Investm. 06.02.91 62'003.00 VERGÜTUNG AJ.\_\_\_\_\_, ZH-...-WEG  
Kto. Nr. ... AM.\_\_\_\_\_, Wien 07.02.91 428'806.00 VERGÜTUNG  
BK.AK.\_\_\_\_\_, ST.GALLEN Kto. Nr. ... 07.02.91 25'006.00 VERGÜTUNG AP.\_\_\_\_\_,  
ZÜRICH Kto. Nr. ... "AQ.\_\_\_\_\_" 08.02.91 13'023.00 VERGÜTUNG AW.\_\_\_\_\_, GENF

Kto. Nr. ... 07.02.91 30'040.00 VERGÜTUNG Kto. Nr. ... BE.\_\_\_\_ Ud. 08.02.91  
16'006.00 VERGÜTUNG AP.\_\_\_\_, ZÜRICH Kto. Nr.; ... "AQ.\_\_\_\_" 11.02.91  
100'006.00 VERGÜTUNG BK AK.\_\_\_\_, ST.GALLEN Kto. Nr. ... 11.02.91 40'006.00  
VERGÜTUNG BK AS.\_\_\_\_, ZÜRICH Kto. Nr. ...

- 70 - 11.02.91 366'006.00 VERGÜTUNG BK.AK.\_\_\_\_,ST.GALLEN Kto. Nr. ...  
13.02.91 400'006.00 VERGÜTUNG BK.AK.\_\_\_\_,ST.GALLEN Kto. Nr. ... 12.02.91  
11'523.00 VERGÜTUNG AW.\_\_\_\_, GENF Kto. Nr. ... 13.02.91 170'006.00  
VERGÜTUNG BK.AK.\_\_\_\_,ST.GALLEN Kto. Nr. ... 15.02.91 5'003.00 VERGÜTUNG  
AJ.\_\_\_\_, ...-WEG Kto. Nr. ... AM.\_\_\_\_ Wien 19.02.91 15'003.00 VERGÜTUNG  
AJ.\_\_\_\_, ...-WEG-ZH Kto.Nr. ... 15.02.91 11'006.00 VERGÜTUNG BA.\_\_\_\_  
BANK,ZÜRICH Kto. Nr. ... 19.02.91 420'006.00 VERGÜTUNG BANK  
AK.\_\_\_\_,ST.GALLEN Kto. Nr. ... 19.02.91 890'006.00 VERGÜTUNG BANK  
AK.\_\_\_\_,ST.GALLEN Kto. Nr. ... 18.02.91 60'003.00 VERGÜTUNG  
AJ.\_\_\_\_,ZÜRICH-...-WE Kto. Nr. ... AN.\_\_\_\_ 20.02.91 300'006.00 VERGÜTUNG BK  
AK.\_\_\_\_,ST GALLEN Kto. Nr. ... 20.02.91 10'003.00 VERGÜTUNG  
AJ.\_\_\_\_,ZÜRICH-...-WE Kto. Nr. ... AM.\_\_\_\_ Wien 20.02.91 65'003.00 VERGÜTUNG  
AJ.\_\_\_\_,ZH-...-WEG Kto. Nr. ... AN.\_\_\_\_ 20.02.91 20'006.00 VERGÜTUNG  
BK.AU.\_\_\_\_,ZÜRICH Kto. Nr. ... AV.\_\_\_\_ 20.02.91 7'023.00 VERGÜTUNG  
AW.\_\_\_\_ GVE Kto. Nr. ... 21.02.91 17'523.00 VERGÜTUNG AW.\_\_\_\_, GENF Kto.  
Nr. ... 22.02.91 11'003.00 VERGÜTUNG AJ.\_\_\_\_,ZÜRICH-...-WE Kto. Nr. ...  
AM.\_\_\_\_ Wien 25.02.91 17'506.00 VERGÜTUNG BM.\_\_\_\_ Kto. Nr. ... 25.02.91  
5'530.00 VERGÜTUNG AW.\_\_\_\_,GENF Kto. Nr. ... 26.02.91 275'006.00 VERGÜTUNG  
BK.AK.\_\_\_\_,ST.GALLEN Kto. Nr. ... 25.02.09 18'006.00 VERGÜTUNG  
BK.AK.\_\_\_\_,ST.GALLEN Kto. Nr. ... 27.02.91 100'006.00 VERGÜTUNG  
BK.AK.\_\_\_\_,ST.GALLEN Kto. Nr. ... 27.02.91 20'003.00 VERGÜTUNG  
AJ.\_\_\_\_,ZÜRICH-...-WE Kto. Nr. ... AN.\_\_\_\_ 27.02.91 6'523.00 VERGÜTUNG  
AW.\_\_\_\_ GVE Kto. Nr. ... 27.02.91 8'023.00 VERGÜTUNG AW.\_\_\_\_ GVE Kto. Nr. ...  
01.03.91 10'003.00 VERGÜTUNG AJ.\_\_\_\_-ZÜRICH-...-WE Kto. Nr. ... AN.\_\_\_\_  
01.03.91 12'003.00 VERGÜTUNG AJ.\_\_\_\_,ZÜRICH-...-WE Kto. Nr. ... AM.\_\_\_\_ Wien  
01.03.91 25'006.00 VERGÜTUNG AP.\_\_\_\_ ZÜRICH Kto. Nr. ... "AQ.\_\_\_\_" 05.03.91  
300'023.00 VERGÜTUNG BK.AK.\_\_\_\_,ST.GALLEN Kto. Nr. ... 13.03.91 10'003.00  
VERGÜTUNG BN.\_\_\_\_,ZÜRICH Kto. Nr. ... 13.03.91 13'576.00 VERGÜTUNG  
BK.AK.\_\_\_\_,GENF 13.03.91 13'593.00 VERGÜTUNG AW.\_\_\_\_, GENF Kto. Nr. ...

- 71 - 19.03.91 20'006.00 VERGÜTUNG BANK AS.\_\_\_\_,ZÜRICH Kto. Nr. ... 19.03.91  
19'006.00 VERGÜTUNG BO.\_\_\_\_,GENF Kto. Nr. ... BP.\_\_\_\_, ... [Ort], Israel 19.03.91  
12'003.00 VERGÜTUNG AJ.\_\_\_\_,ZÜRICH-...-WE Kto. Nr. ... AM.\_\_\_\_ Wien 19.03.91  
10'003.00 VERGÜTUNG AJ.\_\_\_\_, ZÜRICH Kto. Nr. ... AM.\_\_\_\_ Wien 19.03.91  
10'030.00 VERGÜTUNG BK.BQ.\_\_\_\_,... Kto. Nr. ... BR.\_\_\_\_ 20.03.91 452'149.30  
VERGÜTUNG BK AK.\_\_\_\_ Kto. Nr. ... 20.03.91 650'006.00 VERGÜTUNG BK  
AK.\_\_\_\_, ST. GALLEN Kto. Nr. ... 20.03.91 700'006.00 VERGÜTUNG BK AK.\_\_\_\_,  
ST. GALLEN Kto. Nr. ... 22.03.91 300'023.00 VERGÜTUNG BS.\_\_\_\_ BUCHS Kto. Nr.  
... AH.\_\_\_\_ Nassau 25.03.91 10'003.00 VERGÜTUNG AJ.\_\_\_\_ ZÜRICH Kto. Nr. ...  
AM.\_\_\_\_ Wien 25.03.91 2'006.00 VERGÜTUNG BT.\_\_\_\_ GENF Kto. Nr. ...  
BP.\_\_\_\_, ... [Ort], Israel 22.03.91 5'023.00 VERGÜTUNG AW.\_\_\_\_ GVE Kto. Nr. ...  
22.03.91 600'023.00 VERGÜTUNG BS.\_\_\_\_ BUCHS Kto. Nr. ... AH.\_\_\_\_ Nassau  
25.03.91 50'006.00 VERGÜTUNG BK AS.\_\_\_\_, ZÜRICH Kto. Nr. ... 26.03.91

499'006.00 VERGÜTUNG BK AK.\_\_\_\_\_, ST.GALLEN Kto. Nr. ... BU.\_\_\_\_\_, ... [Ort]  
 Israel 26.03.91 20'003.00 VERGÜTUNG AJ.\_\_\_\_\_, ZÜRICH Kto. Nr. ... AN.\_\_\_\_\_  
 27.03.91 500'006.00 VERGÜTUNG BK AK.\_\_\_\_\_, ST.GALLEN Kto. Nr. ... BU.\_\_\_\_\_, ...  
 [Ort] Israel 31.03.91 1'353.19 SOLLZINS 05.04.91 520'023.00 VERGÜTUNG BANK  
 AK.\_\_\_\_\_,ST.GALLEN Kto. Nr. ... BU.\_\_\_\_\_, ... [Ort] Israel 10.04.91 6'073.00  
 VERGÜTUNG BV.\_\_\_\_\_, ZÜRICH Kto. Nr. ... BW.\_\_\_\_\_, 10.04.91 20'006.00  
 VERGÜTUNG BT.\_\_\_\_\_, GENEVE Kto. Nr. ... BP.\_\_\_\_\_, ... [Ort], Israel 10.04.91  
 423'023.00 VERGÜTUNG BANK AK.\_\_\_\_\_, ST.GALLEN Kto. Nr. ... BU.\_\_\_\_\_, ... [Ort]  
 Israel 17.04.91 13'006.00 VERGÜTUNG BT.\_\_\_\_\_,GENF Kto. Nr. ... BP.\_\_\_\_\_, ... [Ort],  
 Israel 17.04.91 20'003.00 VERGÜTUNG AJ.\_\_\_\_\_,ZÜRICH Kto. Nr. ... AN.\_\_\_\_\_  
 17.04.91 2'856.00 VERGÜTUNG BV.\_\_\_\_\_,ZÜRICH Kto. Nr. ... BW.\_\_\_\_\_, 17.04.91  
 20'030.00 VERGÜTUNG BK.BQ.\_\_\_\_\_, ... Kto. Nr. ... BR.\_\_\_\_\_, 17.04.91 20'713.00  
 VERGÜTUNG AW.\_\_\_\_\_,GENF Kto. Nr. ... 18.04.91 35'006.00 VERGÜTUNG  
 BA.\_\_\_\_\_, BK,ZÜRICH Kto. Nr. ... 18.04.91 400'006.00 VERGÜTUNG  
 AK.\_\_\_\_\_,ST.GALLEN Kto. Nr. ... BU.\_\_\_\_\_, ... [Ort] Israel 22.04.91 50'006.00  
 VERGÜTUNG BK.AU.\_\_\_\_\_,ZÜRICH Kto. Nr. ... AV.\_\_\_\_\_,  
 - 72 - 25.04.91 5'023.00 VERGÜTUNG AW.\_\_\_\_\_,GENF Kto. Nr. ... 25.04.91 30'030.00  
 VERGÜTUNG CA.\_\_\_\_\_,BK,T-AVIV Kto. Nr. ... CB.\_\_\_\_\_, 25.04.91 13'606.00  
 VERGÜTUNG BT.\_\_\_\_\_,GENF Kto. Nr. ... BP.\_\_\_\_\_, ... [Ort], Israel 25.04.91  
 500'023.00 VERGÜTUNG BK.AK.\_\_\_\_\_,ST.GALLEN Kto. Nr. ... BU.\_\_\_\_\_, ... [Ort]  
 Israel 02.05.91 16'023.00 VERGÜTUNG AW.\_\_\_\_\_,GENF Kto. Nr. ... 02.05.91  
 505'023.00 VERGÜTUNG BK.AK.\_\_\_\_\_,ST.GALLEN Kto. Nr. ... BU.\_\_\_\_\_, ... [Ort]  
 Israel 02.05.91 8'003.00 VERGÜTUNG AJ.\_\_\_\_\_,ZÜRICH-...-WE Kto. Nr. ... AM.\_\_\_\_\_  
 Wien 10.05.91 28'023.00 VERGÜTUNG BT.\_\_\_\_\_, GENF Kto. Nr. ... BP.\_\_\_\_\_, ... [Ort],  
 Israel 10.05.91 9'023.00 VERGÜTUNG AW.\_\_\_\_\_, GENF Kto. Nr. ... 10.05.91 30'003.00  
 VERGÜTUNG AJ.\_\_\_\_\_, ...-WEG-ZH Kto. Nr. ... AN.\_\_\_\_\_, 10.05.91 520'003.00  
 VERGÜTUNG BS.\_\_\_\_\_, BUCHS Kto. Nr. ... AH.\_\_\_\_\_, Nassau 16.05.91 120'006.00  
 VERGÜTUNG BK.AK.\_\_\_\_\_,ST.GALLEN Kto. Nr. ... BU.\_\_\_\_\_, ... [Ort] Israel 16.05.91  
 300'003.00 VERGÜTUNG AJ.\_\_\_\_\_, BUCHS Kto. Nr. ... AH.\_\_\_\_\_, Nassau 17.05.91  
 5'003.00 VERGÜTUNG AJ.\_\_\_\_\_,...-WEG-ZH Kto. Nr. ... AM.\_\_\_\_\_, Wien 17.05.91  
 40'003.00 VERGÜTUNG AJ.\_\_\_\_\_,...-WEG-ZH Kto. Nr. ... AN.\_\_\_\_\_, 17.05.91  
 10'003.00 VERGÜTUNG AJ.\_\_\_\_\_, ...-WEG-ZH Kto. Nr. ... AN.\_\_\_\_\_, 17.05.91  
 14'023.00 VERGÜTUNG BT.\_\_\_\_\_, GENF Kto. Nr. ... BP.\_\_\_\_\_, ... [Ort], Israel 17.05.91  
 80'006.00 VERGÜTUNG BK AK.\_\_\_\_\_, ST. GALLEN Kto. Nr. ... BU.\_\_\_\_\_, ... [Ort]  
 Israel 21.05.91 100'006.00 VERGÜTUNG BK AK.\_\_\_\_\_, ST.GALLEN Kto. Nr. ...  
 22.05.91 100'006.00 VERGÜTUNG BK AK.\_\_\_\_\_, ST.GALLEN Kto. Nr. ... BU.\_\_\_\_\_, ...  
 [Ort] Israel 22.05.91 40'003.00 VERGÜTUNG AJ.\_\_\_\_\_,ZH-...-WEG Kto. Nr. ...  
 AN.\_\_\_\_\_, 23.05.91 75'003.00 VERGÜTUNG AJ.\_\_\_\_\_,ZH-...-WEG Kto. Nr. ...  
 AM.\_\_\_\_\_, Wien 22.05.91 30'006.00 VERGÜTUNG BK AU.\_\_\_\_\_, ZH Kto. Nr. ...  
 CC.\_\_\_\_\_, 29.05.91 11'523.00 VERGÜTUNG AW.\_\_\_\_\_,GENEVE Kto. Nr. ... 29.05.91  
 35'003.00 VERGÜTUNG AJ.\_\_\_\_\_,ZH-...-WEG Kto. Nr. ... AM.\_\_\_\_\_, Wien 29.05.91  
 15'003.00 VERGÜTUNG AJ.\_\_\_\_\_,ZH-...-WEG Kto. Nr. ... AN.\_\_\_\_\_, 29.05.91 60'006.00  
 VERGÜTUNG AP.\_\_\_\_\_, ZH Kto. Nr. ... "AQ.\_\_\_\_\_" 29.05.91 100'006.00  
 VERGÜTUNG BANK AK.\_\_\_\_\_,ST.GALLEN Kto. Nr. ... 29.05.91 100'006.00  
 VERGÜTUNG BK.AK.\_\_\_\_\_,ST.GALLEN Kto. Nr. ... BU.\_\_\_\_\_, ... [Ort] Israel 30.05.91  
 100'006.00 VERGÜTUNG BK.AK.\_\_\_\_\_, ST.GALLEN Kto. Nr. ... BU.\_\_\_\_\_, ... [Ort]  
 Israel

- 73 - 30.05.91 89'530.00 VERGÜTUNG BB.\_\_\_\_ Kto. Nr. ... BJ.\_\_\_\_ Invest- ment  
31.05.91 50'006.00 VERGÜTUNG BK,AK.\_\_\_\_,ST.GALLEN Kto. Nr. ... 13.06.91  
11'023.00 VERGÜTUNG AW.\_\_\_\_,GENF Kto. Nr. ... 13.06.91 15'023.00 VERGÜTUNG  
AW.\_\_\_\_,GENF Kto. Nr. ... 13.06.91 126'303.00 VERGÜTUNG AJ.\_\_\_\_,....ZÜRICH  
Kto. Nr. ... AE.\_\_\_\_ SA Panama 13.06.91 126'003.00 VERGÜTUNG CD.\_\_\_\_,  
ZÜRICH Kto. Nr. ... AD.\_\_\_\_ Inc. Panama 13.06.91 120'006.00 VERGÜTUNG  
BK.AK.\_\_\_\_,ST.GALLEN Kto. Nr. ... 13.06.91 120'003.00 VERGÜTUNG  
BK.AK.\_\_\_\_,ST.GALLEN Kto. Nr. ... BU.\_\_\_\_ ... [Ort] Israel 13.06.91 20'006.00  
VERGÜTUNG BANK AS.\_\_\_\_ ZÜRICH Kto. CE.\_\_\_\_ 13.06.91 6'003.00  
VERGÜTUNG AJ.\_\_\_\_,ZH-...-WEG Kto. Nr. ... AM.\_\_\_\_ Wien 14.06.91 55'006.00  
VERGÜTUNG AP.\_\_\_\_ ZÜRICH Kto. Nr. ... "AQ.\_\_\_\_" 14.06.91 120'006.00  
VERGÜTUNG BK.AK.\_\_\_\_,ST.GALLEN Kto. Nr. ... 14.06.91 120'006.00  
VERGÜTUNG BK.AK.\_\_\_\_,ST.GALLEN Kto. Nr. ... BU.\_\_\_\_ ... [Ort] Israel...  
14.06.91 4'223.00 VERGÜTUNG AW.\_\_\_\_, GENF Kto. Nr. ... 14.06.91 73'303.00  
VERGÜTUNG AJ.\_\_\_\_,ZÜRICH Kto. Nr. ... AN.\_\_\_\_ 14.06.91 2'523.00  
VERGÜTUNG BT.\_\_\_\_, GENF Kto. Nr. ... BP.\_\_\_\_, ... [Ort], Israel 18.06.91 7'023.00  
VERGÜTUNG AW.\_\_\_\_. GENEVE Kto. Nr. ... 20.06.91 120'006.00 VERGÜTUNG BK  
AK.\_\_\_\_ ST.GALLEN Kto. Nr. ... 20.06.91 120'006.00 VERGÜTUNG  
BK.AK.\_\_\_\_,ST.GALLEN Kto. Nr. ... BU.\_\_\_\_ ... [Ort] Israel 21.06.91 120'006.00  
VERGÜTUNG BK.AK.\_\_\_\_,ST.GALLEN Kto. Nr. ... BU.\_\_\_\_ ... [Ort] Israel 24.06.91  
5'523.00 VERGÜTUNG AW.\_\_\_\_,GENF Kto. Nr. ... 27.06.91 120'006.00 VERGÜTUNG  
BK AK.\_\_\_\_,ST.GALLEN Kto. Nr. ... 27.06.91 120'006.00 VERGÜTUNG  
BK.AK.\_\_\_\_,ST.GALLEN Kto. Nr. ... BU.\_\_\_\_ ... [Ort] Israel 27.06.91 56'003.00  
VERGÜTUNG AJ.\_\_\_\_,ZH-...-WEG Kto. Nr. ... AN.\_\_\_\_ 27.06.91 15'003.00  
VERGÜTUNG AJ.\_\_\_\_,ZH-...-WEG Kto. Nr. ... AM.\_\_\_\_ Wien 27.06.91 6'023.00  
VERGÜTUNG BT.\_\_\_\_,GENF Kto. Nr. ... BP.\_\_\_\_, ... [Ort], Israel 28.06.91 14'910.00  
VERGÜTUNG CF.\_\_\_\_ T.AVIV Kto. Nr. ... CG.\_\_\_\_ 28.06.91 120'006.00  
VERGÜTUNG BK.AK.\_\_\_\_,ST.GALLEN Kto. Nr. ... BU.\_\_\_\_ ... [Ort] Israel 28.06.91  
120'006.00 VERGÜTUNG BK AK.\_\_\_\_, ST.GALLEN Kto. Nr. ... 30.06.91 1'187.36  
SOLLZINS 04.07.91 55'473.00 VERGÜTUNG AJ.\_\_\_\_,ZÜRICH Kto. Nr. ... AN.\_\_\_\_

- 74 - 04.07.91 10'003.00 VERGÜTUNG AJ.\_\_\_\_,ZÜRICH Kto. Nr. ... AM.\_\_\_\_ Wien  
04.07.91 30'003.00 VERGÜTUNG AJ.\_\_\_\_,ZÜRICH Kto. CH.\_\_\_\_ 04.07.91  
122'003.00 VERGÜTUNG AJ.\_\_\_\_,ZÜRICH Kto. Nr. ... AE.\_\_\_\_ SA Panama 05.07.91  
150'003.00 VERGÜTUNG BK CI.\_\_\_\_ ZH Kto. ... DEUTSCH 05.07.91 118'006.00  
VERGÜTUNG BK AK.\_\_\_\_,ST.GALLEN Kto. Nr. ...BU.\_\_\_\_ ... [Ort] Israel 05.07.91  
117'006.00 VERGÜTUNG BK.AK.\_\_\_\_,ST.GALLEN Kto. Nr. ... 05.07.91 53'643.00  
VERGÜTUNG AJ.\_\_\_\_,ZÜRICH Kto. Nr. ... AN.\_\_\_\_ 05.07.91 123'003.00  
VERGÜTUNG CD.\_\_\_\_,ZÜRICH Kto. Nr. ... AD.\_\_\_\_ Inc. Panama 05.07.91  
150'023.00 VERGÜTUNG BK.CI.\_\_\_\_ ZH Kto. ... 10.07.91 140'003.00 VERGÜTUNG  
AJ.\_\_\_\_,ZÜRICH Kto. Nr. ... AM.\_\_\_\_ Wien 10.07.91 50'003.00 VERGÜTUNG  
AJ.\_\_\_\_,ZÜRICH Kto. Nr. ... AN.\_\_\_\_ 10.07.91 118'006.00 VERGÜTUNG BK  
AK.\_\_\_\_ ST.GALLEN Kto. Nr. ... BU.\_\_\_\_ ... [Ort] Israel 10.07.91 12'006.00  
VERGÜTUNG BK AP.\_\_\_\_ ZH Kto. Nr. ... "AQ.\_\_\_\_" 10.07.91 117'020.00  
VERGÜTUNG BK AK.\_\_\_\_ ST.GALLEN Kto. Nr. ... 12.07.91 122'006.00  
VERGÜTUNG BK AK.\_\_\_\_, ST.GALLEN Kto. Nr. ... 12.07.91 123'006.00  
VERGÜTUNG BK AK.\_\_\_\_, ST.GALLEN Kto. Nr. ... BU.\_\_\_\_ ... [Ort] Israel 17.07.91  
20'003.00 VERGÜTUNG AJ.\_\_\_\_, ZÜRICH Kto. Nr. ... AN.\_\_\_\_ 17.07.91 130'003.00

VERGÜTUNG AJ.\_\_\_\_\_, ...-WEG Kto. Nr. ... AE.\_\_\_\_ SA Panama 17.07.91 125'003.00  
VERGÜTUNG ... Kto. Nr. ... AD.\_\_\_\_ Inc. Panama 17.07.91 20'006.00 VERGÜTUNG  
AP.\_\_\_\_ ZH Kto. Nr.... "AQ.\_\_\_\_" 17.07.91 117'006.00 VERGÜTUNG BANK  
AK.\_\_\_\_,ST.GALLEN Kto. Nr. ... 19.07.91 110'006.00 VERGÜTUNG BK AK.\_\_\_\_  
ST.GALLEN Kto. Nr. ... BU.\_\_\_\_ ... [Ort] Israel 17.07.91 118'006.00 VERGÜTUNG  
BK,AK.\_\_\_\_ ST.GALLEN Kto. Nr. ... BU.\_\_\_\_ ... [Ort] Israel 25.07.91 56'453.00  
VERGÜTUNG AJ.\_\_\_\_ ZÜRICH Kto. Nr. ... AM.\_\_\_\_ Wien 25.07.91 135'003.00  
VERGÜTUNG AJ.\_\_\_\_ ZÜRICH Kto. Nr. ... AE.\_\_\_\_ SA Panama 25.07.91 120'006.00  
VERGÜTUNG BK AK.\_\_\_\_ ST.GALLEN Kto. Nr. ... 25.07.91 132'006.00  
VERGÜTUNG BK AK.\_\_\_\_ ST.GALLEN Kto. Nr. ... BU.\_\_\_\_ ... [Ort] Israel 25.07.91  
130'003.00 VERGÜTUNG CD.\_\_\_\_ ZÜRICH Kto. Nr. ... AD.\_\_\_\_ Inc. Panama  
26.07.91 128'003.00 VERGÜTUNG CD.\_\_\_\_,ZÜRICH Kto. Nr. ... AD.\_\_\_\_ Inc.  
Panama 26.07.91 125'003.00 VERGÜTUNG AJ.\_\_\_\_,ZÜRICH Kto. Nr. ...

- 75 - AE.\_\_\_\_ SA Panama 26.07.91 125'006.00 VERGÜTUNG  
BK,AK.\_\_\_\_,ST.GALLEN Kto. Nr. ... BU.\_\_\_\_ ... [Ort] Israel 30.07.91 105'006.00  
VERGÜTUNG BK AK.\_\_\_\_, ST. GALLEN Kto. Nr. ... 21.08.91 190'003.00  
VERGÜTUNG CJ.\_\_\_\_, ZH Kto. Nr. ... CK.\_\_\_\_ Wien 22.08.91 185'006.00  
VERGÜTUNG BK AK.\_\_\_\_, ST.GALLEN Kto. Nr. ... BU.\_\_\_\_ ... [Ort] Israel 23.08.91  
175'006.00 VERGÜTUNG BK AK.\_\_\_\_, ST.GALLEN Kto. Nr. ... 22.08.91 112'663.00  
VERGÜTUNG AJ.\_\_\_\_, ...-WEG Kto. Nr. ... AN.\_\_\_\_ 26.08.91 187'194.00  
VERGÜTUNG BK AK.\_\_\_\_, ST.GALLEN Kto. Nr. ... BU.\_\_\_\_ ... [Ort] Israel 29.08.91  
140'503.00 VERGÜTUNG AJ.\_\_\_\_, ...-WEG-ZH Kto. Nr. ... AN.\_\_\_\_ 29.08.91  
20'003.00 VERGÜTUNG AJ.\_\_\_\_, ZH Kto. Nr. ... AM.\_\_\_\_ Wien 29.08.91 120'003.00  
VERGÜTUNG CJ.\_\_\_\_ ZÜRICH Kto. Nr. ... CK.\_\_\_\_ Wien 29.08.91 22'643.00  
VERGÜTUNG AJ.\_\_\_\_, ...,ZÜRICH Kto. Nr. ... 29.08.91 10'023.00 VERGÜTUNG  
BT.\_\_\_\_ GENF Kto. Nr. ... BP.\_\_\_\_, ... [Ort], Israel 29.08.91 140'006.00  
VERGÜTUNG BK AK.\_\_\_\_ ST.GALLEN Kto. Nr. ... BU.\_\_\_\_ ... [Ort] Israel 29.08.91  
4'023.00 VERGÜTUNG BT.\_\_\_\_ GENF Kto. Nr.... CL.\_\_\_\_, B-... 02.09.91 110'003.00  
VERGÜTUNG CJ.\_\_\_\_, ZÜRICH Kto. Nr. ... CK.\_\_\_\_ Wien 02.09.91 130'006.00  
VERGÜTUNG BANK AK.\_\_\_\_ ST GALLEN Kto. Nr. ... Zhlgr. CM.\_\_\_\_ 05.09.91  
185'003.00 VERGÜTUNG CJ.\_\_\_\_, ZH Kto. Nr. ... CK.\_\_\_\_ Wien 05.09.91 160'006.00  
VERGÜTUNG BK AK.\_\_\_\_, ST.GALLEN Kto. Nr. ... BU.\_\_\_\_ ... [Ort] Israel 05.09.91  
... 05.09.91 40'864.00 VERGÜTUNG AJ.\_\_\_\_, ...,ZH Kto. Nr. ... 05.09.91 6'003.00  
VERGÜTUNG AJ.\_\_\_\_, ZH Kto. Nr. ... AM.\_\_\_\_ Wien 05.09.91 50'003.00  
VERGÜTUNG AJ.\_\_\_\_, ZH Kto. Nr. ... AN.\_\_\_\_ 05.09.91 140'006.00 VERGÜTUNG  
BK AK.\_\_\_\_, ST.GALLEN Kto. Nr. ... 06.09.91 115'006.00 VERGÜTUNG BK  
AK.\_\_\_\_, ST.GALLEN Kto. Nr. ... BU.\_\_\_\_ ... [Ort] Israel 10.09.91 130'006.00  
VERGÜTUNG BK AK.\_\_\_\_, ST.GALLEN Kto. Nr. ... BU.\_\_\_\_ ... [Ort] Israel 10.09.91  
10'006.00 VERGÜTUNG AP.\_\_\_\_, ZH Kto. Nr. ... "AQ.\_\_\_\_" 10.09.91 120'006.00  
VERGÜTUNG (evtl. Konto Bank AK.\_\_\_\_ St. Gallen Kto. Nr. ...) 10.09.91 9'823.00  
VERGÜTUNG BT.\_\_\_\_, GENF Kto. Nr. ... CL.\_\_\_\_, B-... 10.09.91 10'023.00  
VERGÜTUNG BT.\_\_\_\_, GENF Kto. Nr. ... BP.\_\_\_\_, ... [Ort], Israel 10.09.91  
100'006.00 VERGÜTUNG BANK AU.\_\_\_\_,ZH Kto. Nr.

- 76 - ... AV.\_\_\_\_ 10.09.91 130'703.00 VERGÜTUNG AJ.\_\_\_\_, ...-WEG-ZH Kto. Nr.  
... AN.\_\_\_\_ 18.09.91 150'006.00 VERGÜTUNG BANK AK.\_\_\_\_ ST.GALLEN Kto.  
Nr. ... 18.09.91 165'386.00 VERGÜTUNG BK AK.\_\_\_\_,ST.GALLEN Kto. Nr. ...

BU.\_\_\_\_ ... [Ort] Israel 18.09.91 195'003.00 VERGÜTUNG CJ.\_\_\_\_ ZÜRICH Kto. Nr. ... CK.\_\_\_\_ Wien 18.09.91 104'962.00 VERGÜTUNG AJ.\_\_\_\_, ZÜRICH Kto. Nr. ... AN.\_\_\_\_ 18.09.91 6'523.00 VERGÜTUNG BT.\_\_\_\_ GENF Kto. Nr. ... CL.\_\_\_\_, B-... 18.09.91 4'523.00 VERGÜTUNG BT.\_\_\_\_ GENEVE Kto. Nr. ... OC CL.\_\_\_\_, B-... 18.09.91 12'523.00 VERGÜTUNG BT.\_\_\_\_ GENEVE Kto. Nr. ... BP.\_\_\_\_, ... [Ort], Israel 25.09.91 95'203.00 VERGÜTUNG AJ.\_\_\_\_, ZÜRICH Kto. Nr. ... AN.\_\_\_\_ 25.09.91 10'003.00 VERGÜTUNG AJ.\_\_\_\_, ZÜRICH Kto. Nr. ... AM.\_\_\_\_ Wien 25.09.91 175'006.00 VERGÜTUNG BK AK.\_\_\_\_, ST.GALLEN Kto. Nr. ... BU.\_\_\_\_ ... [Ort] Israel 25.09.91 15'023.00 VERGÜTUNG BK AU.\_\_\_\_, ZH Kto. Nr. ... AV.\_\_\_\_ 25.09.91 180'006.00 VERGÜTUNG BK AK.\_\_\_\_, ST.GALLEN Kto. Nr. ... 26.09.91 145'006.00 VERGÜTUNG BANK AK.\_\_\_\_ Kto. Nr. ... BU.\_\_\_\_ ... [Ort] Israel 02.10.91 87'003.00 VERGÜTUNG AJ.\_\_\_\_, ZÜRICH Kto. Nr. ... AN.\_\_\_\_ 30.09.91 172.61 SOLLZINS 02.10.91 180'006.00 VERGÜTUNG BK AK.\_\_\_\_,ST.GALLEN Kto. Nr. ... BU.\_\_\_\_ ... [Ort] Israel 02.10.91 170'006.00 VERGÜTUNG BK AK.\_\_\_\_,ST.GALLEN Kto. Nr. ... 02.10.91 150'003.00 VERGÜTUNG CJ.\_\_\_\_ ZÜRICH Kto. Nr. ... CK.\_\_\_\_ Wien 02.10.91 6'023.00 VERGÜTUNG BT.\_\_\_\_, GENF Kto. Nr. ... CL.\_\_\_\_, B-... 08.10.91 100'006.00 VERGÜTUNG BANK AK.\_\_\_\_ ST.GALLEN Kto. Nr. ... 04.10.91 14'323.00 VERGÜTUNG BT.\_\_\_\_, GENF Kto. Nr. ... BP.\_\_\_\_, ... [Ort], Israel 08.10.91 115'506.00 VERGÜTUNG BK,AK.\_\_\_\_,ST.GALLEN Kto. Nr. ... BU.\_\_\_\_ ... [Ort] Israel 08.10.91 20'023.00 VERGÜTUNG BT.\_\_\_\_,GENEVE Kto. Nr. ... CL.\_\_\_\_, B-... 10.10.91 110'503.00 VERGÜTUNG AJ.\_\_\_\_,ZÜRICH-...-W Kto. Nr. ... AN.\_\_\_\_ 10.10.91 8'023.00 VERGÜTUNG BT.\_\_\_\_,GENEVE Kto. Nr. ... CL.\_\_\_\_, B-... 10.10.91 6'003.00 VERGÜTUNG AJ.\_\_\_\_, ZÜRICH Kto. Nr. ... AM.\_\_\_\_ Wien 10.10.91 170'023.00 VERGÜTUNG BANK AK.\_\_\_\_,ST.GALLEN Kto. Nr. ... 10.10.91 180'023.00 VERGÜTUNG BANK AK.\_\_\_\_,ST.GALLEN Kto.

- 77 - Nr. ... BU.\_\_\_\_ ... [Ort] Israel 10.10.91 20'006.00 VERGÜTUNG AP.\_\_\_\_ ZÜRICH Kto. Nr. ... "AQ.\_\_\_\_" 15.10.91 150'006.00 VERGÜTUNG BK AK.\_\_\_\_,ST.GALLEN Kto. Nr. ... BU.\_\_\_\_ ... [Ort] Israel 16.10.91 3'003.00 VERGÜTUNG AJ.\_\_\_\_,ZÜRICH Kto. Nr. ... CN.\_\_\_\_ ... 16.10.91 170'006.00 VERGÜTUNG BANK AK.\_\_\_\_,ST.GALLEN Kto. Nr. ... 16.10.91 180'006.00 VERGÜTUNG BANK AK.\_\_\_\_,ST.GALLEN Kto. Nr. ... BU.\_\_\_\_ ... [Ort] Israel 16.10.91 14'023.00 VERGÜTUNG BT.\_\_\_\_,GENEVE Kto. Nr. ... CL.\_\_\_\_, B-... 16.10.91 10'003.00 VERGÜTUNG AJ.\_\_\_\_, ZH Kto. Nr. ... AM.\_\_\_\_ Wien 16.10.91 39'393.00 VERGÜTUNG AJ.\_\_\_\_,ZÜRICH-...-W Kto. Nr. ... AN.\_\_\_\_ 18.10.91 150'006.00 VERGÜTUNG BK AK.\_\_\_\_, ST.GALLEN Kto. Nr. ... BU.\_\_\_\_ ... [Ort] Israel 22.10.91 5'517.00 VERGÜTUNG BB.\_\_\_\_ Kto. Nr. ... CO.\_\_\_\_ 23.10.91 5'023.00 VERGÜTUNG BT.\_\_\_\_ GENF Kto. Nr. ... CL.\_\_\_\_, B-... 23.10.91 15'023.00 VERGÜTUNG BT.\_\_\_\_ GENF Kto. Nr. ... BP.\_\_\_\_, ... [Ort], Israel 23.10.91 10'023.00 VERGÜTUNG BANK AU.\_\_\_\_, ZÜRICH Kto. Nr. ... AV.\_\_\_\_ 23.10.91 12'003.00 VERGÜTUNG AJ.\_\_\_\_, ZÜRICH Kto. Nr. ... AM.\_\_\_\_ Wien 23.10.91 224'853.00 VERGÜTUNG AJ.\_\_\_\_, ...-WEG Kto. Nr. ... AE.\_\_\_\_ SA Panama 23.10.91 21'006.00 VERGÜTUNG AP.\_\_\_\_, ZH Kto. Nr. ... "AQ.\_\_\_\_" 23.10.91 218'023.00 VERGÜTUNG CP.\_\_\_\_, ZH Kto. Nr. ... AH.\_\_\_\_ Nassau 24.10.91 170'006.00 VERGÜTUNG BANK AK.\_\_\_\_,ST.GALLEN Kto. Nr. ... BU.\_\_\_\_ ... [Ort] Israel 24.10.91 222'003.00 VERGÜTUNG CD.\_\_\_\_,ZÜRICH Kto. Nr. ... AD.\_\_\_\_ Inc. Panama 24.10.91 126'203.00 VERGÜTUNG AJ.\_\_\_\_,ZÜRICH Kto. Nr. ... AN.\_\_\_\_

25.10.91 180'006.00 VERGÜTUNG BK AK.\_\_\_\_\_, ST.GALLEN Kto. Nr. ... 30.10.91  
195'023.00 VERGÜTUNG CP.\_\_\_\_\_, ZÜRICH Kto. Nr. ... AH.\_\_\_\_\_ Nassau 30.10.91  
125'003.00 VERGÜTUNG AJ.\_\_\_\_\_, ZÜRICH Kto. Nr. ... AN.\_\_\_\_\_ 30.10.91 19'406.00  
VERGÜTUNG AJ.\_\_\_\_\_, ZH,...-WEG Kto. Nr. ... 30.10.91 20'023.00 VERGÜTUNG  
BK AU.\_\_\_\_\_, ZH Kto. Nr. ... AV.\_\_\_\_\_ 30.10.91 210'003.00 VERGÜTUNG  
AJ.\_\_\_\_\_, ZÜRICH Kto. Nr. ... AE.\_\_\_\_\_ SA Panama 30.10.91 10'023.00 VERGÜTUNG  
BT.\_\_\_\_\_, GENF Kto. Nr. ... BP.\_\_\_\_\_, ... [Ort], Israel 30.10.91 200'003.00  
VERGÜTUNG AJ.\_\_\_\_\_, ZÜRICH Kto. Nr. ... AF.\_\_\_\_\_ ... Panama 30.10.91 7'003.00  
VERGÜTUNG AJ.\_\_\_\_\_, ZÜRICH Kto. Nr. ...

- 78 - AM.\_\_\_\_\_ Wien 30.10.91 180'006.00 VERGÜTUNG BANK  
AK.\_\_\_\_\_, ST.GALLEN Kto. Nr. ... BU.\_\_\_\_\_ ... [Ort] Israel 30.10.91 215'003.00  
VERGÜTUNG CD.\_\_\_\_\_, ZÜRICH Kto. Nr. ... AD.\_\_\_\_\_ Inc. Panama 31.10.91 14'330.00  
VERGÜTUNG CQ.\_\_\_\_\_, LONDON Kto. Nr. ... CR.\_\_\_\_\_ 04.11.91 5'003.00  
VERGÜTUNG AJ.\_\_\_\_\_, ZÜRICH Kto. Nr. ... AM.\_\_\_\_\_ Wien 04.11.91 150'003.00  
VERGÜTUNG CJ.\_\_\_\_\_, ZÜRICH Kto. Nr. ... CK.\_\_\_\_\_ Wien 04.11.91 5'830.00  
VERGÜTUNG BT.\_\_\_\_\_, GENEVE Kto. Nr. ... CL.\_\_\_\_\_, B-... 04.11.91 220'030.00  
VERGÜTUNG CP.\_\_\_\_\_, ZÜRICH Kto. Nr. ... AH.\_\_\_\_\_ Nassau 04.11.91 225'003.00  
VERGÜTUNG CD.\_\_\_\_\_, ZH Kto. Nr. ... AD.\_\_\_\_\_ Inc. Panama 04.11-91 220'003.00  
VERGÜTUNG AJ.\_\_\_\_\_, ZH Kto. Nr. ... AE.\_\_\_\_\_ SA Panama 05.11.91 200'003.00  
VERGÜTUNG AJ.\_\_\_\_\_, ZH Kto. Nr. ... AF.\_\_\_\_\_ Panama 05.11.91 185'006.00  
VERGÜTUNG BK, AK.\_\_\_\_\_, ST.GALLEN Kto. Nr. ... BU.\_\_\_\_\_ ... [Ort] Israel 12.11.91  
227'003.00 VERGÜTUNG BS.\_\_\_\_\_, BUCHS Kto. Nr. ... AH.\_\_\_\_\_ Nassau 12.11.91  
150'003.00 VERGÜTUNG AJ.\_\_\_\_\_, Kto. Nr. ... AR.\_\_\_\_\_, Wien 12.11.91 235'003.00  
VERGÜTUNG CD.\_\_\_\_\_, ZH Kto. Nr. ... AD.\_\_\_\_\_ Inc. Panama 12.11.91 20'003.00  
VERGÜTUNG AJ.\_\_\_\_\_, ZH Kto. Nr. ... AN.\_\_\_\_\_ 12.11.91 228'003.00 VERGÜTUNG  
AJ.\_\_\_\_\_, ZH Kto. Nr. ... AE.\_\_\_\_\_ SA Panama 12.11.91 12'003.00 VERGÜTUNG  
AJ.\_\_\_\_\_, ZH Kto. Nr. ... AM.\_\_\_\_\_ Wien 13.11.91 245'003.00 VERGÜTUNG  
AJ.\_\_\_\_\_, ZÜRICH Kto. Nr. ... AF.\_\_\_\_\_ Panama 13.11.91 190'006.00 VERGÜTUNG BK  
AK.\_\_\_\_\_ ST.GALLEN Kto. Nr. ... BU.\_\_\_\_\_ ... [Ort] Israel 13.11.91 225'023.00  
VERGÜTUNG CP.\_\_\_\_\_ ZÜRICH Kto. Nr. ... AH.\_\_\_\_\_ Nassau 02.12. 91 60'003.00  
VERGÜTUNG AJ.\_\_\_\_\_, ZÜRICH Kto. Nr. ... 05.12.91 195'006.00 VERGÜTUNG  
BK AK.\_\_\_\_\_, ST.GALLEN Kto. Nr. ... BU.\_\_\_\_\_ ... [Ort] Israel 05.12.91 215'003.00  
VERGÜTUNG AJ.\_\_\_\_\_, ZÜRICH Kto. Nr. ... AE.\_\_\_\_\_ SA Panama 05.12.91 10'003.00  
VERGÜTUNG AJ.\_\_\_\_\_, ZÜRICH Kto. Nr. ... AM.\_\_\_\_\_ Wien 05.12.91 120'003.00  
VERGÜTUNG AJ.\_\_\_\_\_, ZÜRICH Kto. Nr. ... AN.\_\_\_\_\_ 06.12.91 205'003.00  
VERGÜTUNG CD.\_\_\_\_\_, ZÜRICH Kto. Nr. ... AD.\_\_\_\_\_ Inc. Panama 06.12.91  
200'003.00 VERGÜTUNG AJ.\_\_\_\_\_, ZÜRICH Kto. Nr.... AF.\_\_\_\_\_ Corporation Panama  
06.12.91 80'023.00 VERGÜTUNG CP.\_\_\_\_\_ ZÜRICH Kto. Nr. ... "..." 06.12.91  
15'006.00 VERGÜTUNG AP.\_\_\_\_\_ ZÜRICH Kto. Nr. ... "AQ.\_\_\_\_\_"

- 79 - 06.12.91 220'023.00 VERGÜTUNG CP.\_\_\_\_\_ ZÜRICH Kto. Nr.... AH.\_\_\_\_\_  
Nassau 09.12.91 205'003.00 VERGÜTUNG BS.\_\_\_\_\_, BUCHS Kto. Nr. ... AH.\_\_\_\_\_  
Nassau 09.12.91 200'003.00 VERGÜTUNG CJ.\_\_\_\_\_ ZÜRICH Kto. Nr. ... CK.\_\_\_\_\_ Wien  
10.12.91 15'003.00 VERGÜTUNG AJ.\_\_\_\_\_, ZÜRICH Kto. Nr. ... AN.\_\_\_\_\_ 10.12.91  
11'003.00 VERGÜTUNG AJ.\_\_\_\_\_, ZÜRICH Kto. Nr. ... AM.\_\_\_\_\_ Wien 10.12.91  
200'003.00 VERGÜTUNG CJ.\_\_\_\_\_ ZÜRICH Kto. Nr. ... CK.\_\_\_\_\_ Wien 10.12.91  
30'006.00 VERGÜTUNG AP.\_\_\_\_\_, ZH Kto. Nr. ... "AQ.\_\_\_\_\_" 12.12.91 210'003.00

VERGÜTUNG BS.\_\_\_\_\_, BUCHS Kto. Nr. ... AH.\_\_\_\_ Nassau 12.12.91 8'223.00  
 VERGÜTUNG BT.\_\_\_\_ GENF Kto. Nr. ... CL.\_\_\_\_, B-... 12.12.91 200'023.00  
 VERGÜTUNG CP.\_\_\_\_ ZÜRICH Kto. Nr. ... AH.\_\_\_\_ Nassau 12.12.91 190'006.00  
 VERGÜTUNG BANK AK.\_\_\_\_ ST.GALLEN Kto. Nr. ... BU.\_\_\_\_ ... [Ort] Israel  
 16.12.91 50'006.00 VERGÜTUNG AP.\_\_\_\_ ZÜRICH Kto. Nr. ... "AQ.\_\_\_\_" 16.12.91  
 185'003.00 VERGÜTUNG BS.\_\_\_\_, BUCHS Kto. Nr. ... AH.\_\_\_\_ Nassau 16.12.91  
 210'003.00 VERGÜTUNG CD.\_\_\_\_, ZÜRICH Kto. Nr. ... AD.\_\_\_\_ Inc. Panama  
 16.12.91 12'003.00 VERGÜTUNG AJ.\_\_\_\_, ZÜRICH Kto. Nr. ... AN.\_\_\_\_ 16.12.91  
 195'003.00 VERGÜTUNG AJ.\_\_\_\_, ZÜRICH Kto. Nr. ... AE.\_\_\_\_ SA Panama 16.12.91  
 197'003.00 VERGÜTUNG AJ.\_\_\_\_, ZÜRICH Kto. Nr. ... AF.\_\_\_\_ Corporation Panama  
 16.12.91 30'006.00 VERGÜTUNG AP.\_\_\_\_ ZÜRICH Kto. Nr. ... "AQ.\_\_\_\_" 17.12.91  
 198'006.00 VERGÜTUNG BANK AK.\_\_\_\_ ST.GALLEN Kto. Nr. ... BU.\_\_\_\_ ... [Ort]  
 Israel 17.12.91 188'003.00 VERGÜTUNG BS.\_\_\_\_, ZÜRICH Kto. Nr. ... CK.\_\_\_\_  
 Wien 19.12.91 53'003.00 VERGÜTUNG AJ.\_\_\_\_ ...-WEG-ZH Kto. Nr. ... AN.\_\_\_\_  
 19.12.91 194'396.00 VERGÜTUNG BANK AK.\_\_\_\_ ST.GALLEN Kto. Nr. ... BU.\_\_\_\_  
 ... [Ort] Israel 19.12.91 196'003.00 VERGÜTUNG AJ.\_\_\_\_ ...-WEG-ZH Kto. Nr. ...  
 AE.\_\_\_\_ SA Panama 19.12.91 15'003.00 VERGÜTUNG AJ.\_\_\_\_ ...-WEG-ZH Kto. Nr.  
 ... AM.\_\_\_\_ Wien 20.12.91 197'003.00 VERGÜTUNG AJ.\_\_\_\_, ZÜRICH Kto. Nr. ...  
 AG.\_\_\_\_ SA Panama 19.12.91 20'030.00 VERGÜTUNG BK BQ.\_\_\_\_, ... Kto. Nr. ...  
 BR.\_\_\_\_ 20.12.91 19'523.00 VERGÜTUNG BT.\_\_\_\_, GENEVE Kto. Nr. ... CL.\_\_\_\_,  
 B-... 20.12.91 10'006.00 VERGÜTUNG BK.AU.\_\_\_\_, ZÜRICH Kto. Nr. ... AV.\_\_\_\_  
 20.12.91 30'006.00 VERGÜTUNG AP.\_\_\_\_ ZÜRICH Kto. Nr. ... "AQ.\_\_\_\_"  
  
 - 80 - 20.12.91 199'023.00 VERGÜTUNG CP.\_\_\_\_, ZÜRICH Kto. Nr. ... AH.\_\_\_\_  
 Nassau 30.12.91 195'023.00 VERGÜTUNG CP.\_\_\_\_, ZÜRICH Kto. Nr. ... AH.\_\_\_\_  
 Nassau 30.12.91 11'023.00 VERGÜTUNG BT.\_\_\_\_, GENEVE Kto. Nr. ... CL.\_\_\_\_, B-...  
 24.12.91 198'003.00 VERGÜTUNG BN.\_\_\_\_, ZÜRICH Kto. Nr. ... CS.\_\_\_\_ Corp.  
 Panama 24.12.91 195'003.00 VERGÜTUNG BN.\_\_\_\_, ZÜRICH Kto. Nr. ... AF.\_\_\_\_  
 Corporation Panama 30.12.91 17'006.00 VERGÜTUNG AP.\_\_\_\_, ZÜRICH Kto. Nr. ...  
 "AQ.\_\_\_\_" 30.12.91 199'006.00 VERGÜTUNG BK AK.\_\_\_\_, ST.GALLEN Kto. Nr. ...  
 30.12.91 197'003.00 VERGÜTUNG BS.\_\_\_\_, BUCHS Kto. Nr. ... AH.\_\_\_\_ Nassau  
 30.12.91 196'003.00 VERGÜTUNG AJ.\_\_\_\_, ZH-...-WEG Kto. Nr. ... AE.\_\_\_\_ SA  
 Panama 30.12.91 20'003.00 VERGÜTUNG AJ.\_\_\_\_, ZH-...-WEG Kto. Nr. ... AM.\_\_\_\_  
 Wien 03.01.92 198'003.00 VERGÜTUNG CD.\_\_\_\_, ZÜRICH Kto. Nr. ... AD.\_\_\_\_ Inc.  
 Panama 07.01.92 198'000.00 VERGÜTUNG Kto. Nr. ... CT.\_\_\_\_ 03.01.92 195'006.00  
 VERGÜTUNG BK AK.\_\_\_\_, ST.GALLEN Kto. Nr. ... BU.\_\_\_\_ ... [Ort] Israel 31.12.91  
 5.83 SOLLZINS 7% 07.01.92 56'023.00 VERGÜTUNG BT.\_\_\_\_ GENF Kto. Nr. ...  
 CL.\_\_\_\_, B-... 07.01.92 50'006.00 VERGÜTUNG BANK AU.\_\_\_\_, ZH Kto. Nr. ...  
 AV.\_\_\_\_ 07.01.92 45'003.00 VERGÜTUNG AJ.\_\_\_\_, ZÜRICH Kto. Nr. ... AN.\_\_\_\_  
 07.01.92 120'023.00 VERGÜTUNG CP.\_\_\_\_, ZÜRICH Kto. Nr. ... AH.\_\_\_\_ Nassau  
 07.01.92 187'003.00 VERGÜTUNG AJ.\_\_\_\_, ZÜRICH Kto. Nr. ... AE.\_\_\_\_ SA Panama  
 07.01.92 189'003.00 VERGÜTUNG BS.\_\_\_\_, BUCHS Kto. Nr. ... AH.\_\_\_\_ Nassau  
 07.01.92 190'006.00 VERGÜTUNG BANK AK.\_\_\_\_ ST.GALLEN Kto. Nr. ... BU.\_\_\_\_  
 ... [Ort] Israel 08.01.92 169'003.00 VERGÜTUNG AJ.\_\_\_\_, ZÜRICH Kto. Nr. ...  
 AG.\_\_\_\_ SA Panama 08.01.92 193'006.00 VERGÜTUNG BANK AK.\_\_\_\_  
 ST.GALLEN Kto. Nr. ... 13.01.92 195'000.00 VERGÜTUNG Kto. Nr. ... CT.\_\_\_\_  
 13.01.92 15'003.00 VERGÜTUNG AJ.\_\_\_\_, ZÜRICH Kto. Nr. ... AM.\_\_\_\_ Wien  
 13.01.92 150'006.00 VERGÜTUNG BK AK.\_\_\_\_, ST.GALLEN Kto. Nr. ... 13.01.92

150'003.00 VERGÜTUNG BS.\_\_\_\_\_,BUCHS SG Kto. Nr. ... AH.\_\_\_\_ Nassau 13.01.92  
20'003.00 VERGÜTUNG CD.\_\_\_\_\_, ZÜRICH Kto. Nuller Kto. Nr. ... 15.01.92 10'003.00  
VERGÜTUNG AJ.\_\_\_\_\_,ZÜRICH Kto. Nr. ... AM.\_\_\_\_ Wien 15.01.92 110'003.00  
VERGÜTUNG CJ.\_\_\_\_ ZÜRICH Kto. Nr.... CK.\_\_\_\_ Wien

- 81 - 16.01.92 195'003.00 VERGÜTUNG BS.\_\_\_\_\_, BUCHS SG Kto. Nr. ... AH.\_\_\_\_  
Nassau 15.01.92 170'023.00 VERGÜTUNG BK AK.\_\_\_\_\_, ST.GALLEN Kto. Nr. ...  
BU.\_\_\_\_ ... [Ort] Israel 17.01.92 195'006.00 VERGÜTUNG BANK AK.\_\_\_\_\_  
ST.GALLEN Kto. Nr. ... 17.01.92 6'023.00 VERGÜTUNG BT.\_\_\_\_\_, GENF Kto. Nr. ...  
CL.\_\_\_\_\_, B-... 21.01.92 190'006.00 VERGÜTUNG BK AK.\_\_\_\_\_, ST. GALLEN Kto.  
Nr. ... BU.\_\_\_\_ ... [Ort] Israel 23.01.92 160'003.00 VERGÜTUNG BS.\_\_\_\_\_, BUCHS SG  
Kto. Nr. ... AH.\_\_\_\_ Nassau 23.01.92 140'023.00 VERGÜTUNG CP.\_\_\_\_ ZÜRICH  
Kto. Nr. ... AH.\_\_\_\_ Nassau 23.01.92 100'003.00 VERGÜTUNG AJ.\_\_\_\_\_, ZH Kto. Nr.  
... CU.\_\_\_\_ Cie, Vaduz 24.01.92 135'006.00 VERGÜTUNG BANK AK.\_\_\_\_\_  
ST.GALLEN Kto. Nr. ... 27.01.92 165'006.00 VERGÜTUNG BANK AK.\_\_\_\_\_  
ST.GALLEN Kto. Nr. ... BU.\_\_\_\_ ... [Ort] Israel 27.01.92 6'523.00 VERGÜTUNG  
BT.\_\_\_\_ GENF Kto. Nr. ... BP.\_\_\_\_\_, ... [Ort], Israel 30.01.92 27'006.00 VERGÜTUNG  
BK AU.\_\_\_\_ ZÜRICH Kto. Nr. ... AV.\_\_\_\_ 30.01.92 192'798.00 VERGÜTUNG BK  
AK.\_\_\_\_\_, ST GALLEN Kto. Nr. ... 30.01.92 181'023.00 VERGÜTUNG CP.\_\_\_\_\_, ZH  
Kto. Nr. ... AH.\_\_\_\_ Nassau 30.01.92 195'003.00 VERGÜTUNG BS.\_\_\_\_ BUCHS SG  
Kto. Nr. ... AH.\_\_\_\_ Nassau 30.01.92 12'023.00 VERGÜTUNG BT.\_\_\_\_\_, GENF Kto.  
Nr. ... CL.\_\_\_\_\_, B-... 30.01.92 6'523.00 VERGÜTUNG BT.\_\_\_\_\_, GENF Kto. Nr. ...  
CL.\_\_\_\_\_, B-... 03.02.92 180'006.00 VERGÜTUNG BK AK.\_\_\_\_\_,ST. GALLEN Kto. Nr.  
... BU.\_\_\_\_ ... [Ort] Israel 05.02.92 55'003.00 VERGÜTUNG AJ.\_\_\_\_ ZÜRICH Kto. Nr.  
... AN.\_\_\_\_ 05.02.92 10'003.00 VERGÜTUNG AJ.\_\_\_\_ ZÜRICH Kto. Nr. ... AM.\_\_\_\_  
Wien 05.02.92 175'003.00 VERGÜTUNG CJ.\_\_\_\_\_, ZÜRICH Kto. Nr. ... CK.\_\_\_\_\_  
Wien 06.02.92 177'003.00 VERGÜTUNG BS.\_\_\_\_ BUCHS SG Kto. Nr. ... AH.\_\_\_\_  
Nassau 06.02.92 178'006.00 VERGÜTUNG BK AK.\_\_\_\_\_, ST GALLEN Kto. Nr. ...  
10.02.92 174'006.00 VERGÜTUNG BK AK.\_\_\_\_\_, ST.GALLEN Kto. Nr. ... BU.\_\_\_\_ ...  
[Ort] Israel 31.03.92 45.56 SOLLZINS 6.25% 48'861'901.8848'861'901.88 Total  
Abverfügungen DM-Konto (Nr. 1'9) gemäss act. 2 Rz 147 04.12.90 19'985'000.00  
VERGÜTUNG KTO.-CPD Kto. Nr. 4 CPD Name 1 31.12.90 72'910.04 SOLLZINS  
10.125%

- 82 - 11.03.91 285'172.00 VERGÜTUNG BK AU.\_\_\_\_ ZH Kto. Nr. ... 27.03.91  
300'009.51 CHECK CHECK NO ... C.\_\_\_\_ 28.03.91 100'009.51 CHECK CHECK NO  
... C.\_\_\_\_ 21.06.91 10'000'000.00 VERGÜTUNG REF CV.\_\_\_\_ Kto. Nr. ... P.\_\_\_\_  
AG, Panama "CV.\_\_\_\_\_" 30.06.91 565.89 SOLLZINS 11% 12.07.91 7'000'000.00  
VERGÜTUNG ZAHLUNG GEM.INSTR. Kto. Nr. ... P.\_\_\_\_ AG, Panama "CV.\_\_\_\_\_"  
16.08.91 10'200'000.00 VERGÜTUNG VERG. GEM. 1/INSTR. RE. M Kto. Nr. ...  
P.\_\_\_\_ AG, Panama "CV.\_\_\_\_\_" 23.08.91 3'000'000.00 VERGÜTUNG VERG. GEM.  
1/INST. REF. M Kto. Nr. ... P.\_\_\_\_ AG, Panama "CV.\_\_\_\_\_" 30.08.91 7'000'000.00  
VERGÜTUNG VERG. GEM. 1/MSH. REF. M. Kto. Nr. ... P.\_\_\_\_ AG, Panama  
"CV.\_\_\_\_\_" 09.09.91 500'024.00 VERGÜTUNG BK A.\_\_\_\_ ZH Kto. Nr. ... "..."  
08.11.91 106.80 VERGÜTUNG BK. CI.\_\_\_\_ ZH Kto. Nr. ... Anstalt CW.\_\_\_\_ Vaduz  
"A.\_\_\_\_\_" 08.11.91 1'881.20 VERGÜTUNG BK. CI.\_\_\_\_\_, ZH Kto. Nr. ... Anstalt  
CW.\_\_\_\_ Vaduz "A1.\_\_\_\_\_" 06.02.92 250'006.00 VERGÜTUNG AJ.\_\_\_\_\_, ZÜRICH  
Kto. Nr. ... DA.\_\_\_\_\_, Wien 13.04.92 100'250.00 AUSZAHLUNG C.\_\_\_\_ 58'795'934.95

Total Abverfügungen GBP-Konto (Nr. 1'10) gemäss act. 2 Rz 148 12.09.91 512.32  
VERGÜTUNG Kto. Nr.... Bank B.\_\_\_\_\_ AG

### E. 7.5

Mio.) begonnen (act. 4/11 S. 11). Die Abverfügungen waren zudem noch besonders verdächtig, weil die Bezüge vom Zürcher Konto in Wien erfolgten, so dass der Einbezug der Bank in Zürich nicht erklärbar war (act. 4/12 E. 5.3.4). b) Was die Benutzung des Kontos 1 anbelangt, macht die Klägerin geltend, dass die Vorgänge nach der Wende in hohem Masse auffällig gewesen seien und die dargestellten Transaktionen eindrücklich zeigen würden, dass an einem Tag mehrfach Hunderttausende vom Konto der D.\_\_\_\_\_ abgeflossen seien. Der Kundenbetreuer habe dazu bei der Bezirksanwaltschaft ausgesagt, dass die Transaktionen nach der Wende zugekommen hätten (act. 81 Rz 88; act. 4/35 S. 3 f.), ohne allerdings die Erhöhung zu quantifizieren. Dagegen macht die Beklagte geltend, dass über das D.\_\_\_\_\_ -Konto über Jahre hinweg ein intensiver Geschäfts- und Zahlungsverkehr abgewickelt worden sei. Es habe keine grundlegenden Änderungen bei der Häufigkeit und Grössenordnung der Ein- und Auszahlungen im Vergleich zur Periode 1982 bis 1989 gegeben; für die Bank habe es sich bei der D.\_\_\_\_\_ (weiterhin) um einen realen Handelsbetrieb gehandelt (act. 29 Rz 65, act. 92 Rz 154) Sämtliche Auszüge aus der Kontoverbindung Nr. 1 befinden sich bei den Akten. Als act. 30/17 hat die Beklagte die Auszüge aus den Jahren 1982 bis 1989 eingereicht und in act. 4/172-4/187 finden sich die Auszüge von Juni 1990 bis März 1992. In der Replik (act. 38 Rz 179 ff.) hat die Klägerin die Abflüsse ab den verschiedenen Subkonten seit 1. Juni 1990 tabellarisch dargestellt (act. 38 Rz 180). Mit einer etwas anderen Darstellung dieser Tabelle lässt sich die Zahl der Abverfügungen visualisieren. Ausgewählt werden zwei Perioden betreffend das USD-Konto und das DM-Konto (act. 4/172, act. 38 Rz 180, act. 30/17). Für die Zeit nach der Wende ist die Wahl auf die Periode Juni bis Dezember 1990 gefallen; wobei sich die Begründung für diese Wahl sich aus den weiteren Erörterungen des Falles ergibt. Für eine Periode vor der Wende ist ein vergleichbarer Zeitraum gewählt worden, also wiederum Juni bis Dezember; das Jahr 1988 ist zeitnah und doch noch vor den Ereignissen, die zur Wende geführt haben.

- 47 - Abflüsse vom USD-Konto vom 6. Juni bis 31. Dezember 1990 (act. 38 Rz 180) bis  
20'000 bis 50'000 bis 100'000 bis 500'000 bis 1 Mio. bis 2 bis 5 bis 10 bis 20 über 20 Mio.  
Mio. Mio. Mio. Mio. 15'003.00 34'250.00 50'006.00 340'006.00 528'006.00 6'003.00  
40'040.00 60'006.00 200'006.00 625'006.00 8'806.00 30'040.00 51'069.00 170'003.00  
570'006.00 9'040.00 32'560.00 98'806.00 100'003.00 785'006.00 15'840.00 28'040.00  
76'030.00 150'003.00 700'006.00 8'523.00 27'920.00 70'030.00 330'006.00 600'023.00  
10'006.00 23'022.00 50'003.00 100'006.00 700'006.00 10'006.00 49'006.00 50'040.00  
180'003.00 600'023.00 10'006.00 21'003.00 90'006.00 100'003.00 600'006.00 12'006.00  
23'023.00 85'461.00 420'006.00 610'006.00 12'523.00 30'003.00 50'006.00 115'003.00  
585'006.00 14'151.00 20'040.00 50'040.00 200'003.00 4'003.00 20'003.00 63'140.00  
100'006.00 4'006.00 36'020.00 51'006.00 150'006.00 4'023.00 25'023.00 76'030.00  
100'003.00 6'506.00 20'006.00 51'086.00 180'003.00 861.00 23'680.00 50'040.00  
200'006.00 14'003.00 26'640.00 51'006.00 200'006.00 5'040.00 24'040.00 51'883.00  
385'394.00 19'006.00 46'675.00 70'040.00 150'156.00 5'003.00 21'040.00 50'540.00  
100'006.00 5'023.00 30'006.00 44'440.00 200'006.00 5'023.00 20'040.00 50'003.00  
128'968.00 12'823.00 46'288.00 76'006.00 125'006.00 8'523.00 26'040.00 50'006.00  
100'006.00 15'030.00 26'819.00 50'003.00 350'006.00 17'932.00 24'945.00 75'003.00

320'006.00 17'040.00 35'040.00 56'668.00 150'003.00 4'523.00 30'006.00 94'030.00  
100'006.00 5'003.00 35'040.00 50'006.00 400'006.00 17'172.00 20'006.00 94'006.00  
110'006.00 10'003.00 35'006.00 50'006.00 400'006.00 16'206.00 22'606.00 50'030.00  
350'006.00 8'106.00 20'006.00 50'030.00 180'006.00 6'003.00 30'006.00 50'006.00  
100'003.00 15'003.00 40'003.00 50'003.00 190'006.00 12'023.00 25'006.00 76'030.00  
15'006.00 20'006.00 50'003.00 10'003.00 30'023.00 63'000.00 9'006.00 25'003.00 50'006.00  
13'023.00 25'006.00 60'000.00 8'003.00 20'006.00 51'006.00 18'537.00 23'006.00 60'006.00  
6'023.00 25'006.00 12'706.00 25'003.00 12'003.00 25'006.00 15'003.00 27'006.00 10'006.00  
25'003.00 10'003.00 30'006.00 6'023.00 48'003.00 15'003.00 20'003.00 8'503.00 30'006.00  
8'023.00 30'000.00 15'000.00 35'000.00 11'523.00 35'000.00 14'003.00 30'006.00 9'395.00  
37'000.00 17'022.00 24'503.00 12'503.00 20'003.00 10'003.00 31'003.00 15'003.00  
49'006.00 20'003.00 30'003.00 22'003.00 25'003.00 29'003.00

- 48 - USD-Konto vom 1. Juni - 31. Dezember 1988 (act. 30/17); Vergleich aus einer  
Periode vor der Wende bis bis bis bis 500'000 bis 1 bis 2 bis 5 bis 10 bis 20 über 20 20'000  
50'000 100'000 Mio. Mio. Mio. Mio. Mio. Mio. 6'106 20'006 54'006 108'103 11'006 32'503  
50'003 150'003 12'006 33'099 70'003 242'000 15'003 20'006 50'003 100'003 10'030 30'006  
72'466 197'183 5'023 35'003 50'003 100'003 10'006 29'006 70'006 100'030 15'006 46'006  
50'006 100'006 10'006 26'783 78'006 100'006 8'006 47'623 50'003 100'105 5'506 49'030  
50'003 200'003 6'006 20'003 50'006 100'003 5'006 30'003 55'211 100'000 5'206 18'003  
50'006 195'720 9'006 44'583 73'530 105'003 4'006 25'003 70'465 101'103 5'003 38'040  
89'428 103'006 15'003 45'402 200'003 10'006 30'003 100'003 13'506 30'006 10'003 20'003  
12'006 30'006 12'006 41'006 15'003 30'006 15'503 25'006 10'030 25'526 10'530 22'006  
4'006 20'003 17'006 41'006 10'030 32'565 11'608 25'006 12'006 31'056 4'606 49'406 10'006  
23'006 14'006 20'006 3'006 36'006 8'006 21'656 19'518 25'006 10'503 20'003 14'803 42'606  
10'006 26'003 5'520 20'006 5'520 40'006 10'003 25'003 16'003 25'006 14'006 40'006 10'520  
25'003 15'020 20'003 16'020 45'006 21'020 20'006 10'006 30'006 8'003 25'006 3'003 40'003  
8'006 28'806 9'006 24'003 12'003 20'506 13'006 27'406 12'030 20'030 16'306 20'003 18'006  
39'006 15'003 29'320 9'006 22'006 10'003 25'006 10'003 37'546 18'003 43'798 15'006  
20'003 17'306 27'056

- 49 - 11'006 25'006 15'003 49'030 10'030 38'006 12'003 31'003 15'006 20'003 40'006  
DM-Konto vom 8. Juni -31. Dezember 1990 (act. 30/17) bis bis bis bis 500'000 bis 1 Mio.  
bis 2 bis 5 bis 10 bis 20 Mio. über 20 20'000 50'000 100'000 Mio. Mio. Mio. Mio. 134.43  
120'036 500'009.45 19'985'000.00 200'200 285'172 300'009 DM-Konto vom 3. Juni - 31.  
Dezember 1988 (act. 30/17); Vergleich aus einer Pe- riode vor der Wende bis 20'000 bis  
50'000 bis 100'000 bis 500'000 bis 1 bis 2 Mi- bis 5 bis 10 bis 20 über 20 Mio. o. Mio. Mio.  
Mio. Mio. 6'800 200'006 500'006 120'024 Dieser allerdings nur auf zwei bestimmte  
Perioden bezogene, und damit un- vollständige Vergleich zeigt nicht unerhebliche  
Veränderungen bezüglich der Hö- he und der Häufigkeit der Abflüsse auf. c) Die Klägerin  
hat darauf hingewiesen, dass C.\_\_\_\_\_ dem Kundenbetreuer bei der Eröffnung des Kontos  
im Jahre 1982 erklärt habe, es werde der Entge- gennahme von Provisionen aus  
Ostgeschäften dienen, wozu die Klägerin an- merkt, dass die Lenkung der  
Provisionseinnahmen ein typisches Merkmal für den Aussenhandel der DDR mit  
westlichen Vertragspartnern gewesen sei (act. 2 Rz 67, Rz 94, act. 55 Rz 79; act. 81 Rz 15).  
Die Beklagte ihrerseits macht gel- tend, dass – soweit für die Bank erkennbar – der  
Zahlungsverkehr nach dem 1. Juni 1990 weiterhin im Einklang mit der von C.\_\_\_\_\_  
angegebenen Geschäfts- tätigkeit gestanden habe; es habe sich aus Sicht der Bank bei der

D.\_\_\_\_\_ (wei- terhin) um einen realen Handelsbetrieb gehandelt (act. 29 Rz 65, act. 92 Rz 154). Die Klägerin verweist darauf, sie habe im Einzelnen aufgezeigt habe (act. 81 Rz 88), dass die Abverfügungen nach der Wende weder mit dem Aussenhandel der früheren DDR noch mit der Tätigkeit eines Handelsunternehmens in Einklang gebracht werden könnten (act. 98 Rz 29). Zum Argument des Bestandes eines realen Handelsbetriebes hat die Klägerin für die Zeit nach der Wende darauf hin- gewiesen, dass es lediglich fünf Gutschriftanzeigen aus Provisionszahlungen (Zu- flüsse) in der Höhe von DM 685'000.– gegeben habe (act. 38 Rz 38), welche Zahl

- 50 - die Beklagte bestätigt hat (act. 29 Rz 66). Bei der Durchsicht der Kontoauszüge aus der Zeit vor der Wende (act. 30/17) ist bei der Kammer allerdings nicht der Eindruck entstanden, dass sich darin die Geschäftstätigkeit eines eigentlichen re- alen Handelsbetriebes widerspiegelt, wie die Beklagte geltend macht (act. 29 Rz 41, Rz 65). Angesichts dieser Feststellung ist der geringe Anteil an Provisi- onszahlungen weniger auffällig als die Klägerin geltend macht. Auffällig ist in die- sem Zusammenhang für die Kammer allerdings, weshalb für eine angeblich ope- rativ tätige juristische Person ein Nummernkonto (Konto 1) eröffnet worden war, wozu die Parteien allerdings keine Ausführungen machen, so dass der Frage nicht weiter nachzugehen ist. d) Was die über das Konto 1 abgewickelten Zahlungen anbelangt, kritisiert die Klägerin die Vorinstanz, welche festgehalten habe, "dass solche Abflüsse «auch in den vorangehenden Jahren unzählige Male» vorgekommen seien; es seien «praktisch täglich bzw. mehrmals täglich [...] Vergütungen, Devisenkäufe, Treuhandanlagen und -rückzahlungen, Auszahlungen etc.» verzeichnet gewesen" (act. 81 Rz 89). Für den Zahlungsverkehr aus der Zeit nach der Wende (1989) weist die Klägerin darauf hin, dass für Zahlungen einer DDR-Aussenhandelsfirma an Offshore-Gesellschaften, auf Konten in der Karibik, auf Nummernkonten im In- und Ausland, an Privatpersonen oder für gehäufte Barzahlungen in Millionenhöhe an die Geschäftsführerin kein geschäftsmässig begründeter Hintergrund ersicht- lich sei; solche Überweisungen bzw. Zahlungen ab dem Auslandskonto einer ost- deutschen Aussenhandelsgesellschaft seien höchst verdächtig (act. 81 Rz 13, 95). Konkret nennt die Klägerin folgende Barauszahlungen an C.\_\_\_\_\_ persönlich (act. 81 Rz 88): "CHF 60'000.00 und CHF 50'000.00 (06.03.1990, act. 4/104), CHF 60'000.00 (Check, 07.05.1990, act. 4/104), CHF 30'000.00 (11.06.1990), CHF 100'000.00 (16.10.1990), CHF 20'000.00 (28.08.1991), CHF 62'625.00 (11.12.1991), CHF 100'000.00 (13.04.1992; alle ab dem CHF-Konto; vgl. Klage- schrift S. 67 f Rz 145), DM 1'285'650 (06.03.1990, act. 4/103), DM 200'200.00 (16.10.1990), DM 19'985'000.00 (04.12.1990), DM 300'009.51 (Check, 27.03.1991), DM 100'009.51 (Check, 28.03.1991) und DM 100'250.00 (13.04.1992; alle ab dem DM-Konto, vgl. Klageschrift, act. 2, S. 70 f Rz 147)". Diesbezüglich ist zu erwähnen, dass für die Kammer Auszahlungen vor dem

- 51 - 1. Juni 1990 – ausser für Vergleichszwecke – nicht von entscheidender Bedeu- tung sind, weil damals § 20b PartG noch nicht in Kraft getreten war. Zahlungen nach dem 4. Dezember 1990 brauchen insofern nicht besonders kommentiert zu werden, weil die Bank nach diesem Datum – wie zu zeigen sein wird – nicht mehr gutgläubig sein konnte (vgl. nachstehend, zusammengefasst in Erw. III/7, S. 67 ff.). Daher ist auch nicht näher auf die weiteren von der Klägerin angeführ- ten Auffälligkeiten einzugehen. Die geltend gemachten Überweisungen an eine Panama-Gesellschaft (P.\_\_\_\_\_ AG (act. 2 Rz 147) von DM 10'000'000.00 (21.06.1991), DM 7'000'000.00 (12.07.1991), DM 10'200'000.00 (16.08.191), DM 3'000'000.00 (23.08.1991) und DM 7'000'000.00 (30.08.1991) datieren

eben- falls aus der Zeit nach dem 4. Dezember 1990. Für die gesamthaft erwähnte Un- zahl weiterer Überweisungen an Off-shore Gesellschaften oder Konten in der Ka- ribik (AD.\_\_\_\_\_ Inc, Panama; AE.\_\_\_\_\_ SA, Panama; AF.\_\_\_\_\_ Corporation, Pa- nama; AG.\_\_\_\_\_ SA, Panama; Kto. Nr. 5 AH.\_\_\_\_\_ Nassau, Bahamas; Konto 6 AH.\_\_\_\_\_ Nassau, Bahamas) und auf Nummernkonten im In- und Ausland (alle ab dem USD-Konto) sowie an Privatpersonen (act. 81 Rz 88) gilt dasselbe, wo- rauf zurückzukommen sein wird. e) Die Vorinstanz hat darauf hingewiesen, dass in Deutschland rechtskräftig entschieden worden ist, bei der D.\_\_\_\_\_, welche C.\_\_\_\_\_ unbestrittenermassen bis zum 1. Juni 1990 rechtsgültig habe vertreten können (act. 82 E. 4.2.2), liege Parteiverbundenheit vor, und dass auch die schweizerischen Gerichte die Partei- verbundenheit bestätigt hätten (act. 82 E. 3.2.1, E. 3.2.2, E. 3.3.2). Nach der Vor- instanz ist davon auszugehen, dass die Bank nichts davon gewusst hat, hätten doch auch die deutschen gerichtlichen Instanzen unterschiedlich geurteilt und Jahre gebraucht, um die Parteiverbundenheit festzustellen. Das Oberverwal- tungsgericht Berlin sei denn auch von einer nahezu perfekten Tarnung der D.\_\_\_\_\_ als KPÖ-Unternehmen ausgegangen (act. 82 E. 4.3.1). Auch die Kammer geht davon aus, dass die Bank die konkreten Verhältnisse betreffend D.\_\_\_\_\_ nicht gekannt hat. Damit ist dennoch keineswegs ausge- schlossen, dass die Bank "aufgrund der konkreten Umstände «vor dem Hinter- grund der friedlichen Revolution in der DDR und der deutschen Wiedervereini-

- 52 - gung» auf die Regelung von § 20b PartG DDR hätte stossen müssen (vgl. BGer 4A\_258/2012, act. 4/12, E. 5.2 u. 5.3)" (act. 82 Rz 4.3.2). Die Vorinstanz warnt in diesem Zusammenhang allerdings vor Rückschaufehlern (act. 82 E. 4.3.2). Damit wird das Phänomen bezeichnet, dass man im Nachhinein immer klüger ist und nicht berücksichtigt, dass ein zwischenzeitlich bekannter Umstand zuvor möglich- erweise nicht bekannt oder erkennbar gewesen ist. f) aa)Die Vorinstanz hat unter Hinweis auf die Kammer im E.\_\_\_\_\_ -Fall (act. 4/11 E. X./3.) ausgeführt, dass es im wirtschaftlichen Interesse der DDR im In- und Ausland auch privatrechtlich organisierte Firmen gegeben habe, die von vorgeschobenen Vertrauensleuten geleitet worden seien. Daher sei es nicht un- denkbar, dass eine Wiener Treuhänderin wirtschaftliche Eigentümerin einer DDR- Gesellschaft gewesen sei (act. 82 E. 4.4.1). Dem ist entgegen zu halten, dass die Bank – wenn sie keine näheren Kenntnisse von den Verhältnissen in der DDR gehabt haben will – auch von diesen getarnten Ausnahmeerscheinungen keine Kenntnis gehabt haben wird (so auch die Klägerin betreffend die Entscheide des Verwaltungsgerichts Berlin [act. 98 Rz 6 ff.]), jedenfalls behauptet die Beklagte nichts Derartiges. Im Westen war über die DDR-Wirtschaft allgemein bekannt, dass es private Unternehmungen grundsätzlich nicht gab (act. 4/11 E. X./3.). Die Bank behauptet denn auch nicht, dass sie aufgrund besonderen Wissens über Tarnfirmen der DDR angenommen habe, C.\_\_\_\_\_ sei wirtschaftliche Eigentüme- rin. Logisch müsste denn auch gerade das Gegenteil gelten: Wäre die Bank da- von ausgegangen, dass es sich bei der D.\_\_\_\_\_ um eine der erwähnten Tarnfir- men handeln könnte, hätte sie ganz besonders achtsam sein und an der wirt- schaftlichen Berechtigung C.\_\_\_\_\_s zweifeln müssen. Wirtschaftliche Berechti- gung, welcher Begriff in die Bankpraxis mit VSB 1977 eingeführt wurde, wird näm- lich für jene Personen verwendet, "die ohne selbst Kundin zu sein – aufgrund ei- ner besonderen Rechtsbeziehung zum Kunden – den ausschliesslichen oder überwiegenden Nutzen aus den der Bank übergebenen Vermögenswerte zieht" (Urs Emch/Hugo Renz/Reto Arpagaus, Das Schweizerische Bankgeschäft, 6. Auf- lage, Zürich 2004, Rz 568). Dieser hätte bei einer Tarnfirma der DDR und nicht C.\_\_\_\_\_ als vorgeschobener Person zukommen können.

- 53 - bb) Aus den Unterlagen, über die die Bank im Zusammenhang mit der Kontoziehung Nr. 1 verfügte, ergeben sich jedenfalls keine nachvollziehbaren Anhaltspunkte, die für die Ansicht des Kundenbetreuers sprachen, C.\_\_\_\_\_ sei die wirtschaftliche Berechtigte. Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang der Handelsregisterauszug, der C.\_\_\_\_\_ nur als Geschäftsführerin ausweist (act. 4/47: die Nennung der Gesellschafter fehlt; vgl. auch act. 98 Rz 25), das Formular A (act. 4/40), in dem C.\_\_\_\_\_ die D.\_\_\_\_\_ und nicht sich selber als wirtschaftlich berechtigt bezeichnet hatte, so dass die Annahme der Bank, C.\_\_\_\_\_ sei die wirtschaftlich Berechtigte, sich jedenfalls nicht aus den von der Bank selber erhobenen Unterlagen ergab. Die Klägerin macht geltend, C.\_\_\_\_\_ habe sich selber gegenüber der Bank nie als Eigentümerin bezeichnet, was die Beklagte im vorinstanzlichen Verfahren auch nie behauptet habe (act. 98 Rz 25). Die Beklagte bestreitet die "unbelegte Behauptung der Klägerin [act. 81 Rz 16], Frau C.\_\_\_\_\_ habe H.\_\_\_\_\_ nie erklärt, sie sei Eigentümerin der D.\_\_\_\_\_ " und weist darauf hin, dass sich dies heute nicht mehr überprüfen lasse; H.\_\_\_\_\_ sei jedenfalls nachweislich der Überzeugung gewesen, Frau C.\_\_\_\_\_ sei die wirtschaftlich Berechtigte, was auch der damals ermittelbaren Sachlage entsprochen habe (act. 92 Rz 250). Im Übrigen habe unter den damals geltenden VSB 77 und 82 keine Pflicht bestanden, die Beherrschungsverhältnisse an der Gesellschaft abzuklären (act. 92 Rz 90). Allerdings sei es in der Praxis üblich gewesen, ein Formular A un-terzeichnen zu lassen. Die Vorinstanz habe zutreffend erkannt, dass die Klägerin die Frage der wirtschaftlichen Berechtigung am Konto und derjenigen an der D.\_\_\_\_\_ verwechsle (act. 92 Rz 93). Bei der vom Kundenbetreuer nach der Inkrafttreten der VSB 1987 erstellten Aktennotiz habe es sich um einen Irrtum gehandelt, gebe es doch kein dazu gehöriges Formular B (act. 92 Rz 97). cc) Auch wenn der Kundenbetreuer "felsenfest" von der wirtschaftlichen Berechtigung C.\_\_\_\_\_s überzeugt war, kann sich die Beklagte dafür nicht auf nachvollziehbare Abklärungen berufen. Hätte sie geltend machen wollen, dass sich C.\_\_\_\_\_ dem Kundenbetreuer gegenüber konkret als wirtschaftliche Berechtigte bezeichnet hatte, hätte sie dies auch konkret und substantiiert in den Prozess einbringen müssen, was so nicht erfolgt ist. Dass es nicht möglich gewesen wäre, die betreffenden Angaben vom Kundenbetreuer erhältlich zu machen, sagt die

- 54 - Beklagte nicht und ist auch nicht ersichtlich. Dass der inzwischen verstorbene Kundenbetreuer nicht mehr als Zeuge einvernommen werden könnte, trifft zu, jedoch sind Beweismittel nur zu klaren Behauptungen abzunehmen. Auch aus der Aussage des Rechtsdienstleiters in act. 4/55 S. 2, auf die sich die Beklagte beruft, ergibt sich nichts, was auf seinerzeitige Abklärungen oder auf eine konkrete Behauptung C.\_\_\_\_\_s zu den Eigentumsverhältnissen hindeutet ("es sei völlig klar" [...] (act. 92 act. 4/55 S. 2). dd) Die Richter/innen der Kammer, die die Zeit der Wende im Erwachsenenalter erlebt haben, erinnern sich daran, dass damals Millionenvermögen von Privaten, und dann noch in dem hier vorliegenden Ausmass, ganz erheblich sel- tener waren als heute. Ohne dieses Argument mit Zahlen exakt untermauern zu können, ist immerhin der Hinweis angebracht, dass sich auch aus diesem Grund die Frage gestellt haben müsste, wie plausibel es war, dass eine Treuhänderin ein so hohes Vermögen hätte haben können, auch wenn sie eine in Wien bekannte und in den besten Kreisen verkehrende Person mit dem Titel "... " war (act. 92 Rz 87) und warum denn eine solche Person ausgerechnet eine DDR-Gesellschaft "vorschieben" sollte. g) Die Klägerin hat zur zeitgeschichtlichen Situation eine grosse Anzahl von Artikeln aus in- und ausländischen Zeitungen beigebracht, die sich mit den Aus- landvermögen der DDR befassten (act. 4/72 ff.). Die Vorinstanz hat diese Artikel im

einzelnen aufgelistet (act. 82 E. 4.4.2) und daran erinnert, die Kammer habe im Verfahren LB110077 (act. 4/11 E. X./5.) ausgeführt, dass auch Gelesenes häufig nicht langfristig im Gedächtnis haften bleibe. Angesichts der allgemein geführten öffentlichen Diskussion insgesamt habe von einer Bank zu Beginn der Neunziger- jahre allerdings erwartet werden können, dass sie gewusst habe, dass in Deutschland vermutet werde, dass es ausserhalb des Landes unentdeckte Bank- konti mit Parteivermögen gebe, wobei Genaueres über den Verbleib des Geldes nicht bekannt gewesen sei (act. 4/11 E. X./5.). Ein leitender Bankangestellter ha- be sich daher vor dem Hintergrund des in groben Zügen bekannten ostdeutschen Wirtschaftssystems und der Diskussion über Vermögenswerte im Ausland die Frage stellen müssen, ob die Bundesrepublik als Nachfolgerin der DDR an bei ei-

- 55 - nem bei einer schweizerischen Bank liegendem Vermögen von hundert Millionen Franken berechtigt sein könnte (act. 82 E. 4.4.2 mit Hinweis auf das Bundesge- richt in act. 4/12 E. 5.3.4). Das überzeugt, kann es doch nicht auf den Nachweis der Lektüre einzelner Artikel ankommen, sondern auf die Aktualität und Präsenz des Themas an sich. h) aa) Die Vorinstanz hält dafür, dass aus dem Domizil der D.\_\_\_\_, der Höhe der Kontoguthaben und der Tätigkeit im DDR-Aussenhandel nicht auf eine SED-Verbundenheit habe geschlossen werden können. Bezeichnend sei, dass die deutschen Gerichte mehrere Jahre gebraucht hätten, um die Parteiverbun- denheit der D.\_\_\_\_ bejahen zu können (act. 82 E. 4.4.1). Auch das Obergericht und das Bundesgericht hätten im E.\_\_\_\_-Fall Abklärungen nicht nur wegen der zeitgeschichtlichen Situation für erforderlich gehalten, sondern hätten das Haupt- gewicht auf die geldwäschereiverdächtigen Transaktionen gelegt (act. 82 E. 4.4.4.2). Die Vorinstanz hat in der Folge Vorkommnisse erwähnt, die ähnlich wie die geldwäschereiverdächtigen Handlungen im E.\_\_\_\_-Fall hätten stutzig machen müssen. Nach Ansicht der Vorinstanz ist allerdings nicht dargetan, dass die Kontobewegungen auf Nr. 1 nicht mit der angegebenen Tätigkeit der D.\_\_\_\_ im Einklang standen (act. 82 E. 4.5.1). Seit 1982 sei ein intensiver Geschäfts- und Zahlungsverkehr über das Konto abgewickelt worden. Angesichts der Tatsache, dass es sich um ein von Österreich aus beherrschtes und betriebenes Handelsun- ternehmen gehandelt habe, sei der Umstand verblasst, dass die D.\_\_\_\_ ihren Sitz in Berlin gehabt habe (act. 82 E. 4.5.3). bb) Dafür, dass der Bezug zur DDR nicht so einfach in Vergessenheit gera- ten konnte, gibt es Gründe. Die Vorinstanz nimmt selbst Bezug auf die von der Klägerin hervorgehobene Überweisung der L.\_\_\_\_ (Deutsche L.\_\_\_\_) im Be- trage von DM 66'857'629.24, welche am 11. Juni 1990 und damit ganz unmittel- bar nach dem Inkrafttreten der massgeblichen Bestimmung des Parteiengesetzes per 1. Juni 1990 erfolgt war (act. 82 E. 4.6.2.1). Der Kundenbetreuer – der offen- bar betreffend diese Überweisung nachgefragt hatte – soll von C.\_\_\_\_ in diesem Zusammenhang die Erklärung erhalten haben, dass es sich um die Rückzahlung eines der DDR von der KPÖ gewährtes Darlehen gehandelt habe. Die Klägerin

- 56 - hält diese Erklärung für ebenso hanebüchen wie alarmierend, wogegen die Vo- rininstanz dazu ausführt, die Klägerin gehe selber von der Rückerstattung eines der DDR gewährten Darlehens aus, und es sei nicht ersichtlich, warum die Nennung der KPÖ als Darlehensgeberin so abwegig und auffällig gewesen sei (act. 82 E. 4.6.2). Da nach Angaben der Beklagten selbst C.\_\_\_\_ der Bank gegenüber eine Verbindung der D.\_\_\_\_ zur KPÖ nie offengelegt hatte (act. 92 Rz 55), ist nicht ersichtlich, wie dies für den Kundenbetreuer eine verständliche Erklärung gewesen sein konnte. cc) Unabhängig davon, dass für einen uneingeweihten Dritten (und das will die Bank gewesen sein) die Implikation der KPÖ bei einer Darlehensrückzahlung auf das Konto der D.\_\_\_\_ unverständlich gewesen sein muss

(vgl. auch die Klä- gerin in act. 81 Rz 68), hat damit jedenfalls die Verbindung zur DDR, von der die Beklagte behauptet, dass sie in Vergessenheit geraten sei, zeitnah wieder auffri- schen müssen, worauf auch die Klägerin hinweist (act. 81 Rz 59). 4. Der Vorinstanz ist im Einklang mit den Entscheidungen der Kammer und des Bundesgerichts betreffend E. \_\_\_\_\_ zu folgen, dass Aussergewöhnliches die Bank zu vertieften Abklärungen bezüglich der Berechtigung am Konto Nr. 1 hätte veranlassen müssen. aa) Zunächst erwähnt die Klägerin die Überweisung von rund DM 48 Mio. an die Deutsche L. \_\_\_\_\_ (L. \_\_\_\_\_) im Jahr 1986 (81 Rz 87 ff.). Diesbezüglich geht die Kammer davon aus, dass eine solche Überweisung, weil sie im Jahre 1986 – und damit weit vor den relevanten zeitgeschichtlichen Ereignissen – erfolgte, zu keinen besonderen Vorkehrungen Anlass geben musste. bb) Die Klägerin stellt danach einen Zusammenhang zur Überweisung der L. \_\_\_\_\_ von DM 66'857'629.24 auf das Konto Nr. 1 im Juni 1990 (und damit ganz unmittelbar nach Inkrafttreten von § 20a und 20b PartG) her (act. 82 Rz 58 ff.). Die Klägerin kritisiert die Vorinstanz, die der Bank attestiere, sie habe durch- aus annehmen dürfen, dass eine Zahlung der L. \_\_\_\_\_ in dieser Grössenordnung von den neu installierten Behörden kontrolliert worden bzw. nicht ohne deren Wissen erfolgt sei (act. 81 Rz 60). Die Regierung de Mazière – so die Klägerin –

- 57 - sei damals lediglich drei Monate im Amt gewesen und die von ihr eingesetzte un- abhängige Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Mas- senorganisationen der DDR habe ihre Tätigkeit erst am 1. Juni 1990 aufgenom- men (act. 81 Rz 61). Angesichts der Tatsache, dass es sich um einen Zufluss handelte, geht die Kammer davon aus, dass sie nicht notwendigerweise Anlass für eine vertiefte Abklärung betreffend Berechtigung und Verfügungsbefugnis ge- wesen sein muss. Die Kammer stellt hingegen – wie letztlich auch die Klägerin, wenn auch mit anderem Schluss – einen Bezug zur Überweisung der rund DM 48 Mio. an die L. \_\_\_\_\_ aus dem Jahr 1986 her. Zwar stimmen die Beträge nicht überein, halten sich jedoch in einer einigermaßen vergleichbaren Grössen- ordnung. Zwar dürfte die Implikation der KPÖ, die C. \_\_\_\_\_ dem Kundenberater genannt hatte, diesem nicht verständlich gewesen sein, wie soeben ausgeführt wurde (vgl. III./3.h/cc), hingegen war in nicht allzu weiter Ferne ein hoher Betrag an die L. \_\_\_\_\_ geflossen, so dass die Behauptung einer Darlehensrückzahlung nicht alarmierend sein musste. Ob die Annahme, die neue DDR-Führung hätte sich um Zahlungen der L. \_\_\_\_\_ gekümmert, überzeugt, kann daher offen bleiben. Auf die Aussageverweigerung des Kundenbetreuers, die nach der Klägerin frei gewürdigt (zuletzt erwähnt in act. 98 Rz 5), aus der nach der Beklagten hingegen nichts abgeleitet werden kann (act. 92 Rz 156), kommt es daher nicht an. cc) Für die Kammer ist die Zäsur am 4. Dezember 1990 erfolgt, als C. \_\_\_\_\_ sich knapp DM 19'985'000.– bar auszahlen liess. Dieser Vorgang – so die Klägerin – habe alle Merkmale der Geldwäscherei aufgewiesen und habe da- her die Gutgläubigkeit der Beklagten zerstört bzw. zerstören müssen (act. 81 Rz 70). Die Klägerin zeigt zu dieser Barabhebung auch die näheren Umstände auf: C. \_\_\_\_\_ habe am 3. Oktober 1990 der Beklagten die Weisung erteilt, dass die an die D. \_\_\_\_\_ adressierte Korrespondenz banklagernd zu halten sei (act. 4/97), womit sie habe sicherstellen wollen, dass keine Banknachrichten an den Sitz der D. \_\_\_\_\_ in Berlin geschickt werden, andernfalls sie in den Zugriffsbe- reich der Behörden des wiedervereinigten Deutschlands hätten gelangen können (act. 81 Rz 71). Die Klägerin weist weiter auf die Auffälligkeit hin, dass der Betrag vom Konto Nr. 1'2 zunächst auf ein bankinternes Konto "KTO.CPD" (Konto pro Diverse) transferiert, in österreichische Schilling gewechselt und dann im Betra-

- 58 - ge von ÖS 140 Mio. an C.\_\_\_\_\_ bar ausbezahlt worden sei. Das sei auch unter dem Gesichtswinkel des Inkrafttretens der Geldwäschereitratbestände einige Monate zuvor, am 1. August 1990, höchst problematisch gewesen. Der von der Bezirksanwaltschaft beauftragte Sachverständige, der für die Prüfung der Kontobewegungen eingesetzt worden sei, habe ausgeführt, dass eine Barauszahlung in dieser Höhe völlig unüblich gewesen sei. Zum "Umweg" via das Konto pro Diverse habe er gemeint, dass er sich vorstellen könnte, "dass man nicht aufscheinen lassen wollte, dass es sich um eine Barauszahlung gehandelt habe". dd) Die Klägerin weist darauf hin, dass der Sachverständige zum Volumen des Bezuges in Deutschen Mark geäußert habe, in Tausendern wären sie ein Koffer voll gewesen (act. 81 Rz 72). Bei einem Wechselkurs DM/ÖS von 1:7 und der höchsten Schilling-Note im Betrage von ÖS 5'000 hätte ein Koffer nicht ausgereicht, wären doch mehr als 28'000 5000-er-Noten zu transportieren gewesen (act. 81 Rz 73). Ein solcher Betrag sei in der Regel nicht vorrätig und bedürfe einer vorgängigen Avisierung. Eine solche Auszahlung sei von der Geschäftsleitung zu genehmigen gewesen, welche damit aktiv an einer Veruntreuung mitgewirkt habe (act. 81 Rz 74). ee) Die Beklagte wendet ein, die Klägerin habe die Geldwäschereivorwürfe – nach der Klarstellung der Beklagten in act. 29 Rz 276 ff. – aufgegeben gehabt, diese in der Berufung dann allerdings wieder aufgenommen und bezüglich dieser Transaktion erneut behauptet, sie trage "alle Merkmale der Geldwäscherei". Die Klägerin erhebe diesbezüglich verschiedene neue und damit verspätete Behauptungen, wobei es sich allerdings um unbelegte Spekulationen handle. Die getroffenen Abklärungen und die Erklärungen von C.\_\_\_\_\_ liessen sich nach rund 27 Jahren ohnehin nicht mehr feststellen, so dass Sorgfaltspflichtverletzungen nicht eruiert werden könnten (act. 92 Rz 133 f.). Die Vorinstanz habe daher zu Recht darauf abgestellt, dass C.\_\_\_\_\_ bei der Bank gültig registrierte Bevollmächtigte und Alleineigentümerin von D.\_\_\_\_\_ gewesen und über das D.\_\_\_\_\_ -Konto grundsätzlich frei habe verfügen können. In ihrem Urteil (act. 82 S. 47) halte die Vorinstanz denn auch fest, dass ein Treueverstoss C.\_\_\_\_\_s nicht habe vermutet werden müssen, habe sie doch seit Jahren Tag für Tag uneingeschränkt über ein

- 59 - Vielfaches der erwähnten Betrages von knapp 20 Mio. verfügen können (act. 92 Rz 135). Die Beklagte verweist auch auf die Ansicht der Vorinstanz, wonach es hier nicht um eine Plünderung und Kontosaldierung innert kürzester Zeit gegangen sei. Vor und nach der Barabhebung seien auch immer wieder erhebliche Zuflüsse auf dem Konto eingegangen, so dass die Verfügungsberechtigung C.\_\_\_\_\_s nicht habe zweifelhaft sein können (act. 92 Rz 136). Die Verweigerung der gewünschten Barauszahlung hätte ein Haftungsrisiko für die Bank bedeutet (act. 92 Rz 138). Die behauptete Koinzidenz mit dem NZZ-Artikel und der Banklagernd-Weisung seien aus der Luft gegriffen, zumal nicht feststehe, dass die bei der Bank zuständigen Personen den Artikel vom Vortag gelesen hätten (act. 92 Rz 139). Und die Banklagernd-Erklärung bezüglich der Korrespondenz habe seinerzeit dem Regelfall entsprochen und die Korrespondenz sei auch früher ohnehin nie nach Berlin gegangen, sondern stets nur nach Wien. Die Bezugnahme auf den Sachverständigen der Bezirksanwaltschaft liefere keinerlei Hinweise auf eine Sorgfaltspflichtverletzung der Bank, im Gegenteil habe der Sachverständige in act. 40/7 S. 6 erklärt, keine Vorschriftsverletzungen durch Mitarbeiter gefunden zu haben. Es gebe auch keine Grundlage zur Annahme, dass das Bargeld bei der Bank geblieben sei (act. 92 Rz 141); was neu vorgebracht werde, inklusive dem nachgereichten Bericht der Wirtschaftspolizei, sei verfahrensrechtlich unzulässig (act. 92 Rz 142). In den durchgeführten Untersuchungen des Sachverständigen und der Bezirksanwaltschaft seien

keine Unregelmässigkeiten festgestellt und es seien auch keine Strafuntersuchungen eingeleitet worden (act. 92 Rz 145; act. 82 Rz 90), was die Klägerin in act. 81 Rz 90 unzutreffend darstelle. Der Hinweis der Klägerin, Barauszahlungen würden den paper trail stets unterbrechen, sei verspätet und unzulässig (act. 92 Rz 147). Sie allein trage die Beweislast für anspruchsbegründende Tatsachen (act. 92 Rz 152); sie sei durch die Beklagte umfassend dokumentiert worden und könne auf sämtliche Akten der D. \_\_\_\_\_ sowie Akten aus jahrelangen weitreichenden Untersuchungs- und Gerichtsverfahren zurückgreifen, so dass der augenscheinliche Substantiierungs- bzw. Beweismangel umso schwerer wiege (act. 92 Rz 153). 5. a) Dass es am 4. Dezember 1990 eine Barabhebung im Gegenwert von knapp 20 Mio. DM gegeben hat, ist urkundlich belegt (act. 4/102) und wird von

- 60 - den Parteien auch nicht bestritten. Belegt und unbestritten ist auch, dass es zuvor eine Umbuchung auf das bankinterne Konto pro Diverse gegeben hat (act. 4/98, vgl. auch act. 4/99 f.). Auf die erwähnten Mutmassungen, ob das Geld die Bank nun auch tatsächlich verlassen hat, muss nicht näher eingegangen werden, da es nach Ansicht der Kammer nicht entscheidend darauf ankommt, ob C. \_\_\_\_\_ die knapp DM 20 Mio. physisch weggetragen oder ob sie die Summe letztlich bankintern irgendwo hin umgeleitet hat. Das Argument, dass C. \_\_\_\_\_ während Jahren über die vielen Millionen auf dem Konto 1 habe verfügen können, ist an sich richtig, jedoch ist bis dahin keine auch nur einigermaßen vergleichbare Barabhebung behauptet worden, ganz abgesehen von der veränderten politischen Situation. Anzumerken ist, dass C. \_\_\_\_\_ bei der Bank nicht als Alleineigentümerin der D. \_\_\_\_\_ registriert war, sondern lediglich als deren Geschäftsführerin. Die Beklagte bezeichnet C. \_\_\_\_\_ verschiedentlich als Geschäftsführerin und Alleineigentümerin (vgl. z.B. act. 92 Rz 135), was den Eindruck erweckt, die Bank habe positiv um die Alleineigentümerschaft von C. \_\_\_\_\_ Kenntnis gewusst. Dass dies nicht so war, ergibt sich aus act. 92 Rz 250, wo die Beklagte ausführt, die Klägerin behauptete neu und unbelegt, C. \_\_\_\_\_ habe dem Kundenbetreuer nie gesagt, sie sei Eigentümerin der D. \_\_\_\_\_. Effektiv hat die Klägerin in der Berufung (act. 81 Rz 16 und Rz 36) ausgeführt, "die Beklagte [habe] im vorinstanzlichen Verfahren nie behauptet, Frau C. \_\_\_\_\_ habe [dem Kundenbetreuer] erklärt, sie sei die Eigentümerin der D. \_\_\_\_\_". Das ist eine (unwiderlegte) Feststellung, was die Beklagte nicht behauptet hat und keine eigene neue Behauptung der Klägerin. b) Bei den Akten befinden sich die Konto-Auszüge (4/172-4/187 für die Zeit vom 6. Juni 1990 bis zum 31. März 1992), aus denen sich sämtliche Bewegungen des Kontos 1 ergeben. Werden die Zahlungen in der Zeit vom 6. Juni bis zum 31. Dezember 1990 nicht chronologisch wie in act. 38 Rz 180, sondern etwas anders – tabellarisch entsprechend der Höhe der Bezüge – dargestellt, so ist sofort ersichtlich, dass der Barbezug vom 4. Dezember 1990 ganz ausserordentlich war (III./3./b). c) Die Klägerin erwähnt besonders einige weitere Barabhebungen, nämlich per Check am 6. März 1990 DM 1'285'650.– (act. 2 Rz 111 mit Quittung in

- 61 - act 4/103) und ebenfalls am 6. März 1990 Fr. 60'000.– sowie Fr. 50'000.– (act. 4/104). Diese sind betragsmässig allerdings bei weitem nicht vergleichbar (und stammen aus einem hier nicht massgeblichen Zeitraum). Die Klägerin hat bezüglich der von der Beklagten aufbrachten Substantiierungs- und Beweisproblematik darauf hingewiesen (act. 2 Rz 112 mit Hinweis auf act. 4/35 S. 6 f.), dass der Kundenbetreuer, der am 9. Februar 1993 von der Bezirksanwaltschaft unter anderem zu den Barabhebungen einvernommen worden war, die Aussage verweigert habe, so dass nicht anzunehmen sei, dass von ihm später, wenn er

nicht verstorben wäre, zusätzliche Angaben hätten erhältlich gemacht werden können. Es ist allerdings nicht ersichtlich, was seitens der Klägerin genauer substantiiert hätte werden müssen und wozu Beweis zu erheben wäre. Dass es in diesem Zusammenhang wesentliche Parteibehauptungen gibt, die sich wegen der langen Zeit, die inzwischen verstrichen ist, nicht beweisen liessen, ist nicht ersichtlich. Die zu beantwortende Frage, ob die unterlassene Überprüfung von Auszahlungen durch die Bank sorgfaltswidrig gewesen sei, kann durchaus aufgrund des feststehenden Tatsachenfundaments beantwortet werden. d) Auch die Vorinstanz hält den Barbezug von knapp DM 20 Mio. für eine ungewöhnliche Transaktion und Konten wie pro Diverse für "typische Risikozone der Bank" (act. 82 E. 4.6.5.3). Sie misst diesem Umstand aber nicht die selbe Bedeutung zu wie die Kammer, auch wenn sie einräumt, dass sich bei einem solchen Bezug – allerdings einzig wegen seiner Höhe – die Frage nach dem "Läuten der Alarmglocken" gestellt hätte. Angesichts der konkreten Kundenbeziehung sei die Auszahlung allerdings nicht so ungewöhnlich gewesen, dass sich die Frage der Verfügungsberechtigung C.\_\_\_\_s habe stellen müssen (act. 82 E. 4.6.5.3). e) Für die Kammer ist für die Annahme einer Sorgfaltspflichtverletzung die Kombination der sehr hohen Barabhebung und der zeitgeschichtlichen Situation ausschlaggebend. Dass involvierte Mitarbeiter der Bank den NZZ-Artikel vom 3. Dezember 1990 (act. 4/87, vgl. act. 2 Rz 104) tatsächlich gelesen haben, kann nicht geklärt werden, ist allerdings auch entbehrlich. Selbst wenn davon ausgegangen würde, dass die bei der Bank in die Kontenbeziehung der D.\_\_\_\_ involvierten Personen diesen Artikel gerade nicht gelesen hätten, kann ihnen dennoch

- 62 - die zeitgeschichtliche Situation und die zugehörigen bankenspezifischen Fragen insgesamt nicht verborgen geblieben sein. f) Nicht belanglos ist die Tatsache, dass C.\_\_\_\_ die Weisung an die Bank betreffend Mitteilungen am Vortag des Barbezuges von knapp DM 20 Mio. auf "banklagernd" abgeändert hat (act. 4/97). Für die Vorinstanz stehen Banklagernd-Erklärungen im Zusammenhang mit Steuerehrlichkeit und sind nicht geeignet, Argwohn zu wecken (act. 81 E. 4.6.5.3). Die Beklagte macht ihrerseits geltend, die Korrespondenz sei ohnehin stets nach Wien und nie an die Adresse der D.\_\_\_\_ in Berlin gesandt worden (act. 29 Rz 274). Allerdings spricht die gegenebene Ausgangslage dafür, dass C.\_\_\_\_ im Vorfeld dieses ganz besonderen Bezuges sicherstellen wollte, dass die Bankpost mit Sicherheit nicht nach Berlin gelangen könne. Jedenfalls hätte sich die Bank am Folgetag der Weisung – angesichts des von C.\_\_\_\_ veranlassten Millionen-Barbezuges – fragen müssen, warum die neue Banklagernd-Anweisung bei einer Bankbeziehung, die seit 1982 bestand, ausgerechnet in jenem Zeitpunkt erfolgte. Hätte – angesichts der besonderen zeitgeschichtlichen Situation und nicht zuletzt auch mit Blick auf die Sensibilisierung durch die inzwischen (am 1. August 1990, vgl. act. 4/101) in Kraft getretenen Geldwäschereibestimmungen (act. 4/12 E. 5.3.1 und E. 5.3.3) – Anlass bestanden, die Auszahlung nicht ohne weiteres vorzunehmen und Erkundigungen einzuziehen, so wäre die Bank auf die einschlägigen Bestimmungen des Partei-gesetzes gestossen (vgl. das Bundesgericht in act. 4/12 E. 5.2). Dass 1990 noch nicht (rechtskräftig) entschieden war, die D.\_\_\_\_ unterstehe dem PartG, trifft zu, ist allerdings nicht entscheidend, weil die Beschränkung bereits ex lege galt und die Beklagte damit das Risiko dafür trug, wie später der endgültige Entscheid betreffend die Unterstellung entschieden würde. Der Bezug der D.\_\_\_\_ zur DDR konnte angesichts der ca. ein halbes Jahr zurückliegenden Überweisung von rund DM 66 Mio. durch die Deutsche L.\_\_\_\_ (L.\_\_\_\_) – wie bereits erwähnt – auch nicht völlig in Vergessenheit geraten sein, wie die Beklagte geltend macht. g) aa) Die Beklagte macht geltend, eine VSB-Untersuchung habe

ergebnislos geendet und es sei keine Strafuntersuchung gegen die Mitarbeiter der Bank eröffnet worden. Der Bank bzw. ihren damaligen Verantwortlichen seien keine

- 63 - groben Sorgfaltspflichtverletzungen und noch weniger strafbares Verhalten vorgeworfen worden. Das könne heute, ein Vierteljahrhundert später, nicht ernsthaft in Frage gestellt werden (act. 92 Rz 112 ff.). Die Beklagte verweist in diesem Zusammenhang vor allem auf AA.\_\_\_\_\_, der für die Bezirksanwaltschaft ein Gutachten zum Zahlungsverkehr erstattet hatte. AA.\_\_\_\_\_ habe verneint, dass Mitarbeiter der Bank sich über Vorschriften hinweggesetzt hätten (act. 92 Rz 141). bb) Das erwähnte Gutachten von AA.\_\_\_\_\_, dipl. Bücherexperte, enthält eine genaue Zusammenstellung des Zahlungsverkehrs (act. 4/141). AA.\_\_\_\_\_ wurde zusätzlich von der Bezirksanwaltschaft einvernommen, wo er unter anderem aussagte, was bereits erwähnt wurde: dass Barauszahlungen in der Höhe von DM 19'985'000 völlig unüblich seien (act. 40/7 S. 5). Und zur Auszahlung via das Konto pro Diverse erwähnte er, dass offenbar nicht habe aufscheinen sollen, dass es sich um eine Barauszahlung gehandelt habe (act. 40/7 S. 5). Die Frage, ob AA.\_\_\_\_\_ Anhaltspunkte dafür gefunden habe, dass sich Mitarbeiter der Bank über Vorschriften hinweggesetzt hätten, verneinte der Sachverständige unter Hinweis darauf, dass er die bankinternen Richtlinien nicht beigezogen bzw. deren Einhaltung auch nicht überprüft habe (act. 40/7 S. 6). cc) Massgeblich ist, dass AA.\_\_\_\_\_ die Unüblichkeit der hohen Barauszahlung und auch den möglichen Grund der Zahlungsabwicklung via das Konto pro Diverse bestätigte. Unklar ist, was AA.\_\_\_\_\_ unter Vorschriften, die nicht verletzt worden sein sollen, verstanden hat. Bindend ist dies für das vorliegende Verfahren ohnehin nicht. Gleiches gilt auch für die Tatsache, dass gegen die Verantwortlichen der Bank keine Strafuntersuchung eingeleitet wurde. Wenn schon die Ergebnisse des Strafverfahrens für den Zivilrichter nicht bindend sind, wie dies im Zusammenhang mit unerlaubten Handlungen in Art. 53 OR festgeschrieben wird (zur allgemeinen Gültigkeit dieses Grundsatzes vgl. KuKo OR-Schönenberger, N. 2 zu Art. 53), so können aus der Nichteinleitung eines Strafverfahrens ebenfalls keine verbindlichen Schlüsse gezogen werden. dd) Was die VSB-Untersuchung anbelangt, wurde diese gemäss act. 47/6 im November 1992 insbesondere aufgrund eines NZZ-Artikels eröffnet, wonach (unter anderem) bei der Bank B.\_\_\_\_\_ Konten und Depots von Tarnfirmen aus

- 64 - der ehemaligen DDR geführt worden seien. Dr. AI.\_\_\_\_\_ wurde vom Präsidenten der Aufsichtskommission VSB beauftragt, zu ermitteln, ob bei der Eröffnung der fraglichen Konten/Depots allenfalls gegen die Sorgfaltspflichtvereinbarung verstossen worden sei. Die Untersuchung wurde gestützt auf Art. 11 Abs. 2 der VSB 1992 mit dem Hinweis eingestellt, dass die Verletzung der Standesregeln gemäss dieser Vorschrift nicht mehr verfolgt würde, wenn sie mehr als fünf Jahre zurückläge. Inhaltlich hat die Aufsichtskommission damit keine Stellung genommen (act. 30/16, vgl. auch act. 98 Rz 40 ff.). Der Schluss, dass die Bankenkommission insbesondere die Barabhebung vom 4. Dezember 1990 unbedenklich gefunden hätte, ist daher offensichtlich verfehlt. 6. a) In der Berufung hat die Beklagte wieder auf die Problematik hingewiesen, dass die Bank erst aufgrund des Feststellungsbescheids vom 14. Januar 1992 von der Anwendung von § 20b Abs. 1 PartG auf die D.\_\_\_\_\_ habe Kenntnis nehmen können. Art. 158 IPRG wolle vor höchst ungewöhnlichen und rechtsstaatlich bedenklichen Auswirkungen schützen (act. 92 Rz 13). Die Vorinstanz habe der Bank attestiert, dass sie auf die seit Jahren bestehende Vertretungsbefugnis von C.\_\_\_\_\_ habe vertrauen dürfen (act. 92 Rz 23). Die faktische Rückwirkung, die sich auch zu Lasten unbeteiligter Dritter wie etwa einer ausländischen

Bank auswirken konnte, sei höchst ungewöhnlich, so dass sie auf besonders krasse Verhältnisse beschränkt bleiben sollte (act. 92 Rz 25). b) Die Vorinstanz hat eine Auslegung der sich in diesem Zusammenhang stellenden Fragen gemacht und hat auch auf die Sichtweise der Kammer und des Bundesgerichts im Fall E. \_\_\_\_\_ hingewiesen (act. 82 S. 22 ff.). Wegen des Vorbehalts des guten Glaubens gemäss Art. 158 IPRG hat sie die Klage abgewiesen. Wie aufgezeigt wurde, kann die Kammer der Bank diesen guten Glauben nicht attestieren und gelangt ab dem Zeitpunkt der auch von der Vorinstanz für verdächtig gehaltenen Barabhebung vom 4. Dezember 1990 (act. 82 E. IV./4.7) zu einem abweichenden Ergebnis. Dass vor der Auszahlung Abklärungen getroffen worden waren, ist nicht ersichtlich und sie werden auch nicht behauptet. Dass C. \_\_\_\_\_ auf Nachfrage hin eine plausible Begründung gefunden hätte, wie die Vorinstanz meint (act. 82 E. IV/4.7), ist Spekulation, jedenfalls für

- 65 - den Fall, dass die Begründung einer kritischen Würdigung unterzogen worden wäre. Ausserdem hätte bei der Barabhebung, bei der es ja gerade um die Berechtigung geht, eine Nachfrage bei C. \_\_\_\_\_ als Geschäftsführerin nicht ausgereicht, sodass im Hinblick auf die vorzunehmende anderweitige Nachfrage auf die Grundlagen der Kontobeziehung hätte zurückgegriffen werden müssen, woraus sich der Bezug zur DDR, der nach der Beklagten in Vergessenheit geraten sein soll, unmittelbar aktualisiert hätte. Das hätte dann zu den von der Kammer und vom Bundesgericht im Fall E. \_\_\_\_\_ erwähnten Abklärungen führen müssen (act. 4/11 E. X./ 9; 4/12 E. 5.3.3). c) Die Vorinstanz hat sich mit der Freizeichnungsklausel in den Allgemeinen Geschäftsbedingungen (Art. 7 Abs. 2 AGB), auf die sich die Bank bei grobem Verschulden nicht berufen kann, auseinandergesetzt und sich auch zur Anwendbarkeit von Art. 100 Abs. 2 OR geäussert (act. 82 E. 5-5.5.3). Die Beklagte bestreitet die grobe Fahrlässigkeit der Bank und verweist darauf, dass das Risiko bei Legitimationsmängeln wirksam auf die D. \_\_\_\_\_ übertragen worden sei (act. 92 Rz 165). Die zwischen dem 1. Juni 1990 (Datum des Inkrafttretens der massgeblichen Bestimmung des PartG) und dem 3. Dezember 1990 erfolgten, gegenüber früher gehäuften und substantielleren Abverfügungen waren angesichts der langjährigen Bankbeziehung – trotz des prominent präsenten Themas Wende und verschwundene DDR-Gelder – für sich genommen nicht so auffällig, dass es für die Bank – jedenfalls nach den Massstäben jener Zeit – einen zwingenden Handlungsbedarf gab. Als sie dann allerdings die besagte Barauszahlung von knapp DM 20 Mio. ausführte, hat sie diejenigen Vorsichtsmassnahmen unbeachtet gelassen, die von Banken in der gegebenen Situation zu erwarten gewesen wären. Die Frage der Anwendbarkeit von Art. 100 Abs. 2 OR stellt sich bei grobem Verschulden nicht. Den Ausführungen der Beklagten (act. 92 Rz 165 ff.) ist immerhin entgegen zu halten, dass die Banken grundsätzlich analog zur Kategorie "eines obrigkeitlich konzessionierten Gewerbes" behandelt werden, wie sich aus BGE 132 III 449 = Pra 2007 Nr. 31 E. 2 ergibt: "Es ist jedoch üblich, dass die von der Bank angewendeten Allgemeinen Bedingungen, denen der Kunde anlässlich der Kontoeröffnung zustimmt, wie im vorliegenden Fall eine Risikoübertragungsklausel enthalten, die vorsieht, dass der aus einem nicht entdeckten Feh-

- 66 - ler resultierender Schaden ausser bei grobem Verschulden zu Lasten des Kunden geht, durch diese Vereinbarung wird das a priori von der Bank übernommene Risiko auf den Kunden übertragen [...]. Art. 100 OR, welcher die Befreiung von der Haftung für die Nicht- oder Schlechterfüllung des Vertrages regelt, findet per analogiam auf eine solche Klausel Anwendung vgl. BGE 112 II 450 E. 3a S. 454 f. = Pra 76 Nr. 144; BGE 41 II 487 S.

491 = Pra 4 Nr. 165). Diese entbehrt daher von Anfang an jeglicher Tragweite, wenn der Bank eine rechtswidrige Absicht oder grobe Fahrlässigkeit angelastet werden kann (Art. 100 Abs. 1). Bei leichter Fahrlässigkeit der Bank kann der Richter diese Klausel als nichtig betrachten. Bei der Ausübung seines Ermessens, das heisst in der Anwendung der Regeln von Recht und Billigkeit (Art. 4 ZGB), obliegt es ihm, die Übertragungsklausel zu prüfen, indem er den anderen Vertragsbestimmungen und der Gesamtheit der Umstände des betreffenden Falles Rechnung trägt. Er muss einerseits das Schutzbedürfnis des Kunden gegen die vorformulierten Klauseln, über die dieser praktisch nicht diskutieren kann, und andererseits das Interesse, das die Bank daran haben kann, sich gegen gewisse Risiken zu schützen, deren Verwirklichung sich nur schwer vermeiden lässt, berücksichtigen [...]". Der von der Beklagten kommentierte Entscheid 4C.158/2006 E. 2 wiederholt die vorstehenden Grundsätze und hält fest, dass die dort zu beurteilende Freizeichnungsklausel keine Risiken betrug, die ausserhalb des Herrschaftsbereiches der Bank lagen, sondern dass es konkret um die Risiken von Anlageentscheidungen ging, die ja gerade im Machtbereich der Bank liegen. In den weiter erwähnten BGer 4C.81/2002 und BGer 4A\_438/2007 (act. 92 Rz 174 f.) ging es nach der Beklagten ohnehin um grobe Fahrlässigkeit, sodass Art. 100 Abs. 2 OR nicht zur Anwendung kam. Im vorliegenden Fall gehe es – so die Beklagte – um Risiken, die ausserhalb des Machtbereichs der Bank lägen, nämlich das Risiko des Inkrafttretens eines unbekanntem ausländischen Gesetzes, welches die Verfügungsmacht über ein Konto verändere (act. 92 Rz 176). So ausgedrückt liegt das Risiko tatsächlich ausserhalb des Machtbereichs der Bank. Bei richtiger Betrachtung geht es allerdings um die Missachtung der nötigen Sorgfalt in Fällen, in denen "die Alarmglocken läuten", und es sollte in solchen Fällen nicht gefahrlos und ohne Konsequenzen möglich sein, untätig zu bleiben.

- 67 -

## **E. 8**

Ist der Zahlungsbefehl vom 16. September 1994 (act. 4/168) nach dem Vorstehenden keine rechtsgültige Mahnung, so tritt die Frage, ob die darin enthaltenen Angaben zur zu tilgenden Forderung für eine Mahnung ausreichen würden (vgl. dazu die Beklagte in act. 92 Rz 232 ff.), in den Hintergrund und braucht hier nicht geklärt zu werden.

## **E. 9**

Gemäss Art. 85 Abs. 1 OR kann der Schuldner eine Teilzahlung nur dann auf das Kapital anrechnen, als er nicht mit Zinsen und Kosten im Rückstand ist. Die Klägerin will aus dem von C.\_\_\_\_\_ erhaltenen Betrag von EUR 106'219'899.78 vorab die Kosten und Entschädigungen erheben (act. 81 Rz 116). Das scheidet bereits daran, dass der von C.\_\_\_\_\_ geleistete Betrag keine Teilzahlung im Sinne von Art. 85 Abs. 1 OR sein kann, weil C.\_\_\_\_\_ damit die im Vergleich festgesetzte Summe bezahlt hat und deshalb ihr gegenüber keine höhere Forderung durchgesetzt werden konnte bzw. kann. Ihre Leistung ist demnach keine Teilzahlung. a) Was die Prozesskosten aus dem erstinstanzlichen Verfahren der Klägerin gegen C.\_\_\_\_\_ vor Bezirksgericht Zürich anbelangt, wurde im Urteil die Gerichtsgebühr von der Klägerin bezogen, wobei C.\_\_\_\_\_ verpflichtet wurde, der Klägerin

- 108 - die Kosten zu ersetzen. Ausserdem wurde C.\_\_\_\_\_ zur Leistung einer Prozessentschädigung verpflichtet. Aus den gleichen Überlegungen wie im Zusammenhang mit der Berücksichtigung der Verzugszinsen gegen C.\_\_\_\_\_ kann die Klägerin diese

Forderungen auch nicht in dem Sinne geltend machen, dass sie diese vorab von der geleisteten Vergleichszahlung in Abzug bringt. b) Hinsichtlich der Verfahren in Deutschland (vgl. act. 81 Rz 126), handelt es sich einerseits um Parteientschädigungen, welche gemäss der Klägerin entweder von C.\_\_\_\_\_ an die Bundesanstalt oder von der D.\_\_\_\_\_ an die Bundesanstalt zu leisten waren (act. 81 Rz 128 f.). Nach dem richtigen Verständnis von Art. 85 Abs. 1 OR ist davon auszugehen, dass sich Zinsen und Kosten auf die zu bezahlende Forderung beziehen müssen. Soweit C.\_\_\_\_\_ verpflichtet wurde, fallen die von ihr der Bundesanstalt geschuldeten Prozesskosten unter den Vergleich (act. 4/31 S. 1). Soweit nach Angaben der Klägerin die D.\_\_\_\_\_ gegenüber der Bundesanstalt verpflichtet wurde, handelte die Bundesanstalt in jener Konstellation (Bundesanstalt gegen D.\_\_\_\_\_) nicht als Prozessstandschafterin, sondern für sich selbst bzw. für den deutschen Staat. Mit der Rechtsbeziehung zwischen C.\_\_\_\_\_ und der Bundesanstalt, über die das Bezirksgericht Zürich am 25. Juni 2008 entschieden hat und über die am 9. Januar 2009 der Vergleich geschlossen wurde, hat das nichts zu tun, so dass schon deshalb keine Anrechnung erfolgen kann. c) Zusammenfassend gilt Folgendes: Die Klägerin (handelnd als Prozessstandschafterin für die D.\_\_\_\_\_) obsiegt insoweit, als die Beklagte der Klägerin die Abverfügungen von C.\_\_\_\_\_ seit dem 4. Dezember 1990 grundsätzlich ersetzen müsste, und zwar mit folgenden Beträgen SFr. 2'663'432.65, USD 48'861'901.88, DM 58'795'934.95 = EUR 30'061'900.– sowie GBP 512.32, zusätzlich Verzugszinsen zu 5 % seit 30. Juni 2014. Soweit die Abverfügungen bereits seit dem 1. Juni 1990 und die Verzugszinsen bereits seit dem 3. Oktober 1994 (für GBP: 9. Januar 2009) geltend gemacht werden, unterliegt die Klägerin. C.\_\_\_\_\_ wurde wegen der Abverfügungen vom Konto der D.\_\_\_\_\_ bei der Bank B.\_\_\_\_\_ (und bei der Bank CP.\_\_\_\_\_) in Dispositiv-Ziff. 1 des Urteil vom 25. Juni 2008 zur Zahlung an die Bundesanstalt (als Prozessstandschafterin für die - 109 - D.\_\_\_\_\_) verpflichtet (vgl. act. 4/1 S. 44 ff., insb. E. 6 auf S. 51). Im anschliessend geschlossenen Vergleich vom 9. Januar 2009 verpflichtete sich C.\_\_\_\_\_, den Saldo ihres Bankkontos bei der AB.\_\_\_\_\_ (Wert per 30. September 2008: EUR 105'944'889.–; Wert per Datum des Vergleichsschlusses: EUR 106'219'899.80) an die Klägerin übertragen zu lassen. Aufgrund der Auslegung des Vergleichs vom 9. Januar 2009 ist dieser Betrag auf die Schuld der Bank gegenüber der Klägerin (als Prozessstandschafterin für die D.\_\_\_\_\_) anzurechnen, so dass die Klägerin, weil die Zahlung von C.\_\_\_\_\_ im Januar 2009 höher war als die Summe der Abverfügungen seit 4. Dezember 1990 nebst Zins zu 5 % seit 30. Juni 2014, nicht mehr fordern kann. Es bleibt demnach bei der Abweisung der Klage, und entsprechend ist die Berufung abzuweisen. VI. Für die Kosten- und Entschädigungsfolgen ist vom gleichen Streitwert wie vor Vorinstanz auszugehen (Fr. 97'207'987.– (Umrechnungskurse bei Klageeinreichung: USD = 0.90669, EUR = 1.21219, GBP = 1.51266; s.a. act. 2 Rz 16; act. 8 S. 2). Die Entscheidegebühr ist in Anwendung von § 4 Abs. 1 i.V.m. § 12 Abs. 2 GerGebV auf Fr. 500'000.– festzusetzen, der Klägerin aufzuerlegen und mit dem von ihr geleisteten Kostenvorschuss zu verrechnen. Die Klägerin ist zudem zu verpflichten, der Beklagten eine Parteientschädigung von Fr. 300'000.– zu leisten (§ 4 Abs. 1 i.V.m. § 13 Abs. 2 AnwGebV). Da der Prozessaufwand der Beklagten im Jahr 2017 erbracht wurde, liegt der Mehrwertsteuerzuschlag bei 8 %. Es wird erkannt:

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte Originaltext. Quellen-URL siehe oben.